Objekttyp: **Issue**

Zeitschrift: **Schweizer Frauenblatt : Organ für Fraueninteressen und Frauenkultur**

Band (Jahr): **55 (1973)**

Heft 24

PDF erstellt am: **13.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Landesbibliothek
3003 Bern
5854

AZ 8712 Stäfa

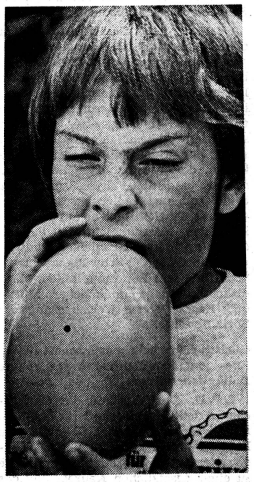
55. Jahrgang Nr. 24 23. November 1973

SFB Schweizer Frauenblatt

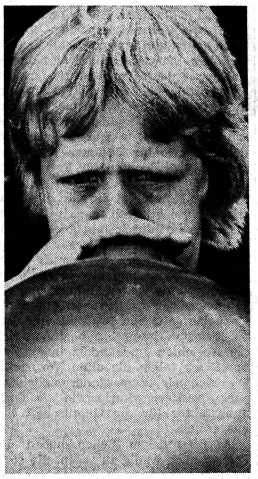
Aus dem Zeitschriftenverlag Stäfa
Redaktion, Abonnemente, Inserate: 8712 Stäfa, Tel. 01.73 81 01

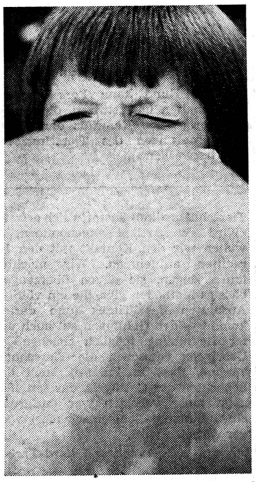
Das Magazin der engagierten Frau
für Fraueninteressen und Konsumentenfragen

Zur Abstimmung vom 1./2. Dezember 1973



«Nüme meh, suscht chlöpfts . . .»





(Aufnahmen Ernst Liniger)

Konjunkturbeschlüsse — das kleinere Übel

Es ist verhältnismässig einfach, sich an zunehmenden Wohlstand zu gewöhnen, obschon auch das oft seine Tücken hat. Bedeutend schwieriger ist es jedoch, Wohlstandsverzicht zu leisten, wenn man sich einmal an das gute oder bessere Leben gewöhnt hat und besonders dann, wenn man als Laie den Eindruck hat, es sei doch Geld in Hülle und Fülle vorhanden. Dieser Schein trügt. Wenn zu viel Geld vorhanden ist, entwertet es sich genauso, wie Waren, die im Ueberfluss angeboten werden. Nach den Gesetzen der freien Marktwirtschaft sinkt der Preis für Waren wie für Geld, sobald das Angebot grösser ist als die Nachfrage. Geld ist ja nicht nur ein Tauschwert gegen Ware, sondern es wird regelrecht gehandelt. Das wissen wir alle, wenn wir in währungspolitisch hektischen Zeiten die Börsenberichte oder besonders signifikante Details daraus in den Nachrichten hören. Eine ungesunde Aufblähung des Geldmarktes führt früher oder später zu inflationären Erscheinungen, der Geldentwertung. Wir befinden uns mitten drin in dieser Situation. Es ist sicher müssig, jetzt zu sagen, was man hätte tun sollen, damals, als der richtige Zeitpunkt für eine Aufwertung oder das Floating eigentlich schon da war. Die Frage ist: Soll man die Dinge nun einfach laufen lassen?

Diätkost

Nur sehr wenige Befürworter der Konjunkturbeschlüsse erwarten von diesen Massnahmen Wunder. Sie sind einfach das kleinere Uebel. In seiner bildhaften Art hat Preisüberwacher Dr. Schürmann an einer kantonalen Delegiertenversammlung seiner Partei die folgende Diagnose für den Zustand unserer Volkswirtschaft gestellt:

«Die Volkswirtschaft ist kein kranker Mann, sondern sie hat sich lediglich überfressen und muss in den Fitness-Club.» (Bitte nicht in den teuersten! d. V.)

Es gibt aber auch noch eine andere, heute viel praktizierte Methode, um das Wohlstandsfett loszuwerden: die kalorienarme Ernährung, bei der man durchaus nicht verhungern muss. Mit einer solchen Schonkost könnte man die Konjunkturbeschlüsse vergleichen. Ob es sich nun um die Ueberwachung von Preisen, Löhnen und Gewinnen, um das Kreditwesen, um den Baumarkt oder um die Einschränkung der steuerlich wirksamen Abschreibungen geschäftlicher Betriebe handelt, Bundesrat und Parlament haben keine Radikalkur verordnet, sondern eine zeitlich beschränkte Diät. Eine ideale Diät, die keinerlei Verzicht verlangt und doch ihre Wirkung tut, dürfte es kaum geben.

Die Volkswirtschaft, das sind wir

Um beim Beispiel des zwar nicht kranken aber doch ungesunden Patienten zu bleiben, stellen sich für eine ganze Volkswirtschaft die Probleme der Enthaltsamkeit naturgemäss komplexer, als wenn es um ein einzelnes Individuum geht. Genauso, wie wir alle zusammen den Staat bilden, sind wir auch alle in der einen oder anderen Weise an der Volkswirtschaft beteiligt – und dafür verantwortlich.

Zahlenmässig ausgedrückt hiesse das: Die konjunkturelle Schonkost wird mehr als 6 Millionen Einwohnern unseres Landes verschrieben und 3,6 Millionen Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, darüber zu entscheiden, ob sie die Diät akzeptieren, die unserem Wirtschaftsorganismus wieder zu einer besseren Funktionsfähigkeit verhelfen könnte. Aber das ist graue Theorie. Praktisch sieht das anders aus. Die Erfahrung zeigt leider, dass sich in der Regel nur 30 bis 40 Prozent der Stimmbürger an die Urnen bemühen, das sind 1,08 bis 1,4 Millionen. Den Rest von 2,2 bis 2,5 Millionen Schweizern lassen die Sorgen um das Wohl und Wehe unseres Staates kalt. Eine Minderheit entscheidet, und diese Minderheit ist ihrerseits noch in Befürworter und Gegner aufgeteilt.

Verzichten sollen die anderen

Es hat sich schon im Vorfeld der Auseinandersetzungen um die Weiterführung der Konjunkturartikel gezeigt, dass teilweise recht handfeste Eigeninteressen der Opposition Pate standen. Der Gewerbeverband und einzelne ihm angeschlossene Branchenverbände haben allen vier Beschlüssen den Kampf angesagt. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), die meisten seiner Branchengewerkschaften und der Christlich-nationale Gewerkschaftsbund (CNG) lehnen nur den Ueberwachungsbeschluss (Preise, Löhne, Gewinne) ab. Beim SGB viel der Entscheid mit 199 zu 22, beim CNG nur mit 82 zu 66 Stimmen.

Als erster trat der Schweizerische Gewerbeverband mit seiner oppositionellen Haltung in Erscheinung. Sein «kleines Parlament», die Gewerbekammer, beschloss – wie Nationalrat Dr. Fischer in einer «Samstags-Rundschau» am Radio sagte – mit neun zu einer Stimme, das ganze Beschlusspaket zur Ablehnung zu empfehlen. Zehn meinungsbildende Stimmen, von denen man nicht einmal weiss, wie sie sich auf die einzelnen Gewerbebranchen verteilen, das ist keine imponierende Repräsentanz für das gesamte schweizerische Gewerbe. Im Sog dieser Antieuphorie haben dann allerdings auch noch einige Branchenverbände des Gewerbes die gleiche negative Parole ausgegeben.

Bei den Gewerkschaften ist der Beweggrund für die Ablehnung des Ueberwachungsbeschlusses einigermassen klar, wenn auch nicht eindeutig begründbar. Es geht ihnen in erster Linie darum, eine Lohnüberwachung zu verhindern. Bisher hat «Monsieur Prix», wie Dr. Schürmann in der Romandie genannt wird, ihnen allerdings noch keine Schwierigkeiten gemacht. Die Gewerkschaften nehmen mit ihrer ablehnenden Parole in Kauf, dass auch die Preise und Gewinne dann nicht mehr überwacht werden könnten, wenn die Mehrheit der Stimmbürger in ihrem Sinne entscheidet. Aber – macht nichts! Wenn die Preise steigen, müssen eben auch die Löhne angepasst werden. Verlieren die Gewerkschaften damit nicht die Legitimation, sich auch als Verfechter der Konsumenteninteressen zu exponieren? Es gibt in unserem Land noch beträchtliche Minderheiten, welche den dreizehnten Monatlsohn, Arbeitszeitverkürzung und mehr Ferien nur vom Hörensagen kennen. Aber sie sind nicht gewerkschaftlich organisiert.

Zu diesen Minderheiten dürften auch zahlreiche Gewerbetreibende, Handwerker und Detaillisten gehören. Gerade darum scheint die kompromisslose Ablehnung aller Beschlüsse ohne konstruktive Alternative des Gewerbeverbandes für viele Konsumenten unbegreiflich. Wollen die Detaillisten wirklich riskieren, dass weitere Mammutunternehmen «auf der grünen Wiese» entstehen? Glauben sie tatsächlich, dass die Lösung darin besteht, die Warenteuerung einfach auf die Letztabnehmer, die Konsumenten, zu überwälzen? Und was stellt sich ein Gewerbevertreter vor, wenn er als Alternative zum Nein verlangt, vor allem müsse sich das Verhalten der Konsumenten ändern, diese müssten sich beschränken? Gewerbliche Organisationen haben bisher noch kaum je das Gespräch mit den Konsumentenvertretern gesucht, mit ganz wenigen Ausnahmen. Sonst wüssten sie nämlich, dass eine bessere Orientierung der Konsumenten, gerade damit sie sich konjunkturgerecht verhalten können, eines der Hauptanliegen der Konsumentenorganisationen ist. Im Grunde genommen gilt doch für das Gewerbe aller Art «Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt». Und wenn sich die Konsumenten einschränken würden, was sie zweifellos tun sollten, dann würden die Gewerbeverbände wieder die Konsumentenorganisationen zum Sündenbock stempeln, weil eben weniger Geld in ihren Kasten klingt.

Etwas mehr Solidarität bitte

Niemand von uns kann mit gutem Gewissen behaupten, am heutigen Zustand sei er völlig unschuldig. Die Wohlstandseuphorie hat alle ausnahmslos erfasst, die einen mehr, die anderen weniger. Für die Regierungen und Behörden gäbe es sicher gefreutere Aufgaben, als die Bremser zu spielen. Aber wir als Bürger sind nicht mehr bereit, alle Aufgaben zu erfüllen, die wir als Staatsbürger und als Teil vom Ganzen erfüllen sollten. Der Appell, das Auto am Sonntag in der Garage stehen zu lassen, verhallte weithin ungehört. Am Radio wurde sogar empfohlen, den eventuell letzten Autofahrsonntag noch zu benützen (Hans Gmür). Nur die Araber haben es fertiggebracht, uns mit ihren Erpressermethoden in einen gelinden Schockzustand zu versetzen. Müssen wir wirklich warten, bis uns das Messer an der Kehle sitzt? Die vier Konjunkturbeschlüsse sollen bis Ende 1975 gelten, der Ueberwachungsbeschluss und der Baubeschluss können vom Bundesrat vorzeitig ausser Kraft gesetzt werden, wenn es die Entwicklung erlaubt. Etwas weniger Wohlstand ist sicher das kleinere Uebel gegenüber einer wirtschaftlich sehr unsicheren Zukunft, wenn wir uns der konjunkturpolitischen Diät nicht unterziehen wollen.

Hilde Custer-Oczeret

Wird das Schächtverbot durch den Tierschutzartikel aufgehoben?

Der Tierschutzartikel (Artikel 25bis der Bundesverfassung) über den – zusammen mit den dringlichen Konjunkturbeschlüssen – am 2. Dezember abgestimmt wird, ist praktisch unbestritten. Er ersetzt den sogenannten Schächtartikel 25bis BV (Verbot des Schlachtens von Tieren ohne vorherige Betäubung), den die Israeliten als diskriminierend empfinden. Mit dem Tierschutzartikel erhält der Bund zum erstenmal die Kompetenz, auf den verschiedensten Gebieten Vorschriften für den Tierschutz zu erlassen (Tierhaltung, Handel mit Tieren, Eingriffe und Versuche am lebenden Tier und anderes). Das Schächtverbot (es soll auch auf das Schlachten von Geflügel ausgedehnt werden) wird ins Ausführungsgesetz zum Tierschutzartikel kommen. Bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes bleibt das bisherige Schächtverbot in Form einer Uebergangsbestimmung in Kraft. Das Schächtverbot wird bei Annahme des Tierschutzartikels also nicht aufgehoben.

Dass wir am 2. Dezember auch noch über einen Artikel 25bis der Bundesverfassung (Tierschutzartikel) abzustimmen haben, darüber ist die Oeffentlichkeit bis jetzt nur flüchtig, «so im Vorbeigehen», orientiert worden. Die Diskussion um die vier dringlichen Konjunkturbeschlüsse verdrängt alles andere. Die mangelnde genauere Information bewirkt, dass der eine oder andere Tierfreund befürchtet, eine Annahme des Tierschutzartikels bedeute die Aufhebung des Schächtverbotes. Nun steht zwar im neu vorgeschlagenen Artikel 25bis tatsächlich nichts vom Schächtverbot. Es wird darin nur gesagt, dass der Bund auch im Zusammenhang mit dem «Schlachten und anderweitigen Töten von Tieren» Vorschriften erlassen kann. Das ist natürlich noch kein Schächtverbot. Doch mit einem Ja zum Tierschutzartikel sagt man gleichzeitig auch Ja zu einem Artikel 12 der Uebergangsbestimmungen zur Bundesverfassung. Dieser Artikel 12 bestimmt, dass bis zum Inkrafttreten des Ausführungsgesetzes zu Artikel 25bis das Schächten, also das Schlachten der Tiere ohne Betäubung vor dem Blutentzug, bei jeder Schlachtart und Viehgattung ausnahmslos untersagt ist.

«Sprachlich unschön»

Der jetzige Artikel 25bis lautet: «Das Schlachten der Tiere ohne vorherige Betäubung vor dem Blutentzug ist bei jeder Schlachtart und Viehgattung ausnahmslos untersagt.» Als «sprachlich unschön» und «inhaltlich unbedeutend» wird dieser Artikel von einem der klassischen Kommentatoren unserer Bundesverfassung, Professor W. Burckhardt, charakterisiert. Eigentlich sei dieser Artikel ein Polizeiverbot. Gehört aber ein solches in die Verfassung? Ob passend oder unpassend: Es war seit 80 Jahren, seit 1893, Bestandteil der Verfassung. Von den Israeliten wurde es immer als diskriminierend empfunden, schreibt ihnen doch ihre Religion vor, nur Fleisch von Tieren, die durch den sogenannten Schächtschnitt geschlachtet wurden, zu geniessen. Nun ist aber das Schächten schon immer von Tierfreunden als besonders tierquälerisch betrachtet worden. Es waren denn auch die Tierschutzvereine, die 1892 eine Initiative zur Aufnahme des heutigen Schächtartikels in die Verfassung lancierten. Obwohl der Bundesrat die Verwerfung der Initiative empfahl, wurde sie im August 1893 in der Volksabstimmung angenommen.

Ist das Schächtverbot ein Verstoss gegen die Glaubens- und Gewissensfreiheit?

Die Israeliten haben das Schächtverbot als einen Verstoss gegen die

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

Glaubens-, Gewissens- und Kultusfreiheit (Artikel 49 und 50 der Bundesverfassung) betrachtet. Im Vernehmlassungsverfahren zur Aufhebung des Jesuiten- und Klosterartikels ersuchte deshalb der Israelitische Gemeindebund in seiner Eingabe, es sei gleichzeitig auch das Schächtverbot aufzuheben. Der Bundesrat wollte die Vorlage über die Ausnahmeartikel nicht noch mit dieser zusätzlichen Bestimmung belasten. Professor Kägi äusserte sich damals ähnlich wie der Bundesrat. Zwar bejahte Professor **Kägi, dass das Schächtverbot die Rechte der jüdischen Minderheit beschränke und so einer Grundnorm unserer Verfassung widerspreche.** Er wies **aber darauf hin, dass bei diesem Problem auch Fragen des Tierschutzes** mithineinspielten.

Der Tierschutz soll Bundessache werden

Wenn auch der Bund – wie beim Schächtverbot oder den Strafbestimmungen für Tierquälerei (Schweizerisches Strafgesetzbuch Artikel 264) vereinzelt tierschützerische Bestimmungen erliess, so war der Tierschutz bis jetzt doch eine Angelegenheit der Kantone, da dem Bund die Verfassungsgrundlage dazu fehlte. Durch den zur Abstimmung kommenden Artikel 25bis (Tierschutzartikel) erhielte er nun diese Grundlage. Die Bundesgesetzgebung könnte in Zukunft Vorschriften aufstellen über «das Halten und die Pflege von Tieren, die Verwendung von und den Handel mit Tieren, die Tiertransporte, die Eingriffe und Versuche am lebenden Tier, das Schlachten und anderweitige Töten von Tieren, die Einfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen».

Wie stellen sich die Israeliten zum neuen Tierschutzartikel und zur Tatsache, dass das Schächtverbot trotz allem bleiben wird, wenn auch nur im Ausführungsgesetz? Einer ihrer massgeblichen Sprecher äusserte sich etwas resigniert: «Wir dürfen wohl nicht ein grösseres Zugeständnis erwarten und geben uns zufrieden damit, dass das Schächtverbot wenigstens aus der Verfassung verschwindet.» – Ein Vertreter des Tierschutzes (er war Mitglied der Expertenkommission für den Tierschutzartikel) äusserte sich erfreut. «Wird der Artikel angenommen, so wollen wir den Kontakt mit den Israeliten aufnehmen. Wir möchten ihnen zeigen, sie davon überzeugen, dass es Methoden gibt, die ein völliges Ausbluten des Tieres (und darauf kommt es den Gläubigen an) auch unter Betäubung möglich machen.» – Uebrigens wünschen die Tierschutzvereine, dass in Zukunft auch das Schächten des Geflügels, das seit 1907 nicht mehr verboten war (aufgrund eines Bundesgerichtsentscheides) wieder verboten wird.

Anneliese Villard-Traber

Worüber wird abgestimmt?

«Artikel 25bis der Bundesverfassung wird aufgehoben und durch die folgende Bestimmung ersetzt:

1. Die Gesetzgebung über den **Tierschutz ist Sache des Bundes.**
2. Die **Bundesgesetzgebung stellt** insbesondere Vorschriften auf über:
   a) das Halten und die Pflege von Tieren;
   b) die Verwendung und den Handel mit Tieren;
   c) die Tiertransporte;
   d) die Eingriffe und Versuche am lebenden Tier;
   e) das Schlachten und anderweitige Töten von Tieren;
   f) die Einfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen.
3. Der Bund kann Forschungsarbeiten unterstützen, die eine verbesserte Kenntnis der Anforderungen des Tierschutzes bezwecken.»

Gesundheitliches Dilemma unserer Zeit

Studientagung des Staatsbürgerlichen Verbandes Katholischer Schweizerinnen (STAKA) in Baden

Anschliessend an seine diesjährige Delegiertenversammlung im Stadthof Baden, veranstaltete der *Staatsbürgerliche Verband katholischer Schweizerinnen* (STAKA) eine Studientagung mit dem Thema «Das gesundheitspolitische Dilemma unserer Zeit». Im Mittelpunkt der Tagung standen sozialpolitische Ueberlegungen des Präsidenten der Sanitätsdirektoren-Konferenz, Regierungsrat Dr. *B. Hunziker* (Aarau). Die wesentlichsten Punkte seiner Ausführungen seien hier sinngemäss wiedergegeben:

Obwohl wir heute im Wohlstand leben, kürzere Arbeitszeiten und mehr Freizeit haben, sind wir weder glücklicher noch gesünder geworden. Im Gegenteil: Die Krankheitshäufigkeit nimmt zu; wir haben vor allem mehr psychisch Leidende denn je. Woher kommt das? Wohl in erster Linie vom zunehmenden Druck, den die moderne Zivilisation auf Seele und Geist des Menschen ausübt. Der Instinkt für gesundes Verhalten ist verloren gegangen. Die Gesundheit hängt jedoch weitgehend von einer gesunden Lebensführung ab; der einzelne muss dazu seinen eigenen aktiven Beitrag leisten. Wir dürfen nicht alles vom Staat erwarten. Leider haben viele die Herrschaft über sich selbst an die Tablette abgegeben und schwanken dauernd zwischen Ueberreizung und Apathie hin und her.

Der Referent wehrte sich gegen die Behauptung, der Mensch besitze ein Grundrecht auf Gesundheit, wie es die Weltgesundheitsorganisation statuiert. Niemand kann Gesundheit garantieren und es scheint typisch für unsere Zeit, dass viele ob des eigenen Versagens immer mehr Rechte vom Staat garantiert haben möchten. *Unsere Gesundheit ist nicht ein Recht, sondern eine Pflicht.* Die Hauptverantwortung liegt bei jedem einzelnen. Wenn jeder bemüht ist, seine Umwelt zu schonen und seine Gesundheit durch vernünftige Lebensweise zu erhalten, ist der Allgemeinheit am allerbesten gedient.

Die moderne Medizin ist zwielichtig geworden

Ziel der Medizin ist, die vorhandenen Mittel zum Wohle *aller* Kranken einzusetzen. Während nun auf einzelnen Spezialgebieten (zum Beispiel Herztransplantationen) die Forschung immer weiter vorangetrieben wird und grosse Summen verschluckt, bleiben andere Aufgaben der Medizin ungelöst. Die Entwicklung hat dazu geführt, dass immer mehr nur ein Teilaspekt der Krankheit gesehen wird (Spezialistentum!) Der Arzt hat vielfach den Blick für den ganzen Menschen verloren. Er läuft Gefahr, den kranken Menschen als Objekt statt als Subjekt anzugehen. Die Diagnostik mittels modernster Apparaturen führt zu einer Verkümmerung der vier Sinne des Arztes. Oft verblüfft zwar die moderne Therapie durch augenblickliche Erfolge auf einem Teilgebiet, aber später entstehende nachteilige Folgen werden vielfach nicht beachtet; sie kommen zur Behandlung bei einem andern Spezialarzt! Dr. Hunziker plädierte für eine *personalbezogene Medizin*, der die ganzheitliche Betrachtung des Menschen zugrunde liegt. Denn immer ist der ganze Mensch krank, und es genügt nicht, nur die somatischen Aspekte zu berücksichtigen. Der Arzt wird sich in Zukunft vermehrt auch mit Psychologie, Psychiatrie und Soziologie zu befassen haben.

Ein weiteres grosses Problem ist *«die Verlängerung des Lebens um jeden Preis»*. Die moderne Medizin und die Technik bieten Möglichkeiten, den Tod für gewisse Zeit zu überlisten, und so sterben heute viele den Tod der Aerzte, aber nicht mehr den eigenen! «Eine entphilosophierte, technische Medizin treibt hier Exzesse, denn was der Homo faber tun kann, das tut er auch. Nicht weil es notwendig wäre, sondern nur, weil er es eben kann.»

Die Situation beim Pflegepersonal

Dass wir unter einem Mantel an Pflegepersonal leiden, hat verschiedene Ursachen. Die wichtigsten sind wohl: 1. die Entwicklung der Medizin und der Technik, die vermehrte Anforderungen stellt und mehr Personal erfordert; 2. die Verkürzung der Arbeitszeit; 3. der Rückgang der Ordensschwestern; 4. der Spitaltrend, das heisst die Meinung, die Spital-Behandlung sei die beste. Man geht heute rascher ins Spital als früher; 5. das Eintrittsalter für die Krankenpflegeschulen (18 Jahre) ohne vorherigen geplanten Bildungsweg.

Um der *Kostenexplosion im Spitalsektor* entgegenzuwirken, werden wir die Leistung der Spitäler herabsetzen müssen. Wer zu Hause gepflegt werden kann, gehört nicht ins Spital. Damit ist der Förderung der häuslichen Krankenpflege das Wort geredet. Eine weitere Entlastung der Spitäler könnte durch das Unterbringen chronisch Kranker in eigene Spitäler erreicht werden. Als optimale Grösse nannte Dr. Hunziker eine Bettenzahl von 200 bis 1000. Was darunter oder darüber ist, erweist sich als unwirtschaftlich.

Abschliessend wies der Referent noch auf die *Probleme der Krankenkassen* und auf die Unzulänglichkeit des «Flimser Modells» hin. Hier kann eine punktuelle Reform wohl kaum die notwendigen Lösungen bringen.

Wenn die Medizin heute in einer Krise steckt, zu der wir alle beigetragen haben, sind wir aufgerufen, jeder seinen Teil zu deren Ueberwindung beizutragen. Das Heil darf nicht einfach vom Staat erwartet werden. Am Anfang und am Schluss steht die Selbstverantwortung des einzelnen Bürgers.

In sechs Gesprächsgruppen mit den Themen: Förderung der häuslichen Krankenpflege – Gesundheitslehre in den Schulen – Einflüsse der Umwelt auf die Gesundheit – Der Mensch im Spital – Notre attitude face à la maladie et à la mort – Wie gesund ist mein Leben, setzten sich die Teilnehmerinnen intensiv mit der aufgeworfenen Problematik auseinander und erarbeiteten Lösungsvorschläge.

Irma Schnetz

Viel Gleichberechtigung auf dem Papier

Dreiländertreffen der Soroptomist

Der internationale Club der Soroptimist, 1921, also kurz nach dem Ersten Weltkrieg gegründet, soll persönliche Freundschaft und internationale Verständigung unter den Frauen fördern. Um das Clubleben möglichst vielseitig zu gestalten, darf in einer Sektion kein Mitglied den gleichen Beruf ausüben. Diese Vielfältigkeit, die jegliche beruflichen Rivalitäten im vornherein ausschliesst, ist die Stärke dieses Frauenklubs.

Dieser Tage fand in Bad Ragaz ein Dreiländertreffen statt, zu dem die schweizerische Unionspräsidentin *Marthe Hofer-Studer* 172 Mitglieder aus Deutschland, Oesterreich und der Schweiz begrüssen konnte. Das Tagungsthema «Die Frau vor den Problemen der Gegenwart in Beruf, Familie und Gesellschaft» war in vier Referate gegliedert und wurde rege diskutiert.

Dr. iur. *H. Engelbrecht*, Regierungsdirektorin in Bonn als Vertreterin des Landes Hamburg tätig, informierte über die Emanzipation der deutschen Frau, die theoretisch (bis auf den rückständigen Schwangerschaftsartikel) die vollständige Gleichberechtigung erreicht hat, während die Praxis hinter dem Grundgesetz von 1949, dem Gleichberechtigungsgesetz von 1957 und den verschiedenen Gesetzesverbesserungen immer noch herhinkt. «Die gutbürgerliche Idealfigur der Hausfrau und Mutter, die in Küche und Kinderstube Erfüllung findet, spukt noch in vielen Köpfen aller Stände.» Namentlich die Privatwirtschaft weiss alle möglichen Finten, um sich um die wirtschaftliche Gleichstellung der Frau zu drücken, so etwa durch Schaffung von Leichtlohngruppen für Mann und Frau, in denen jedoch zuzusagen ausschliesslich Frauen tätig sind. Nach Dr. Engelbrecht sollte man die Grenzen zwischen typisch männlichen und typisch weiblichen Tätigkeiten verwischen, indem man die Sackgasse der «Frauenberufe» meidet. Ein vorbildlicherer Arbeitgeber wäre der Staat, dessen Angebote von den Frauen viel zu wenig berücksichtigt würden. Seit 1969 werden verschiedene Gesetze für Bildungs- und Förderungsmöglichkeiten für Frauen entwickelt.

In der Familie ist die Gleichberechtigung erreicht, doch da sich die Männerherrschaft durch Jahrtausende eingespielt hat, werden sogar in den Volksdemokratien, wenn auch unter anderen Vorzeichen, die überlieferten Rollensysteme weiter geführt, und die Frauen selber werden neu durch die Doppelaufgabe von Haushalt und Beruf belastet. Immerhin beginnen sich die Ansichten zu wandeln und Stück um Stück fallen die alten Vorurteile. Die Ehe als Versorgungsmöglichkeit oder Prestigegewinn sowie als Ordnungsfaktor für die Gesellschaft hat ausgespielt.

Im öffentlichen Leben haben die Frauen noch wenig zu sagen. Sie stellen nur sechs Prozent der Abgeordneten; in den Stadt- und Gemeindeparlamenten nimmt jeden neunten Sitz eine Frau ein.

Weitere Referate hielten *Bet Hauschild* (Schweiz), Dr. *Gerti Kaan-Pakesch* (Oesterreich) und Dr. iur. *Margrit Bohren-Hoerni* (Schweiz).

Es ist die gemeinsame Muttersprache, die internationale Kontakte dieser Art erleichtert, und es zeigt sich, dass die Frauen, ungeachtet der Grenzen, die gleichen Probleme zu bewältigen haben.

Margrit Götz-Schlatter

Einem Jubiläum entgegen

50. Delegiertenversammlung des Schweizerischen Verbandes der Akademikerinnen (SVA)

Die Sektion «Zentralschweiz», 1969 gegründet und seither stetig wachsend an Mitgliederzahl und Aktivitäten, hatte als erstmalige Organisatorin einer Delegiertenversammlung alles unternommen, um Mitgliedern und Gästen eine stimmungsvolle Ambiance zu bieten. So fand im Rathaus am Kornmarkt die 50. Delegiertenversammlung unter der straffen Führung der Zentralpräsidentin, *H. Pfister-Maguin* (Kriens), einem Mitglied dieser jungen Sektion, statt, an der als 14. Sektion «Valais» in den SVA aufgenommen wurde. Geistig wache Frauen, die durch Heirat einen neuen Wohnsitz in geografischen Randgebieten, fern einer Hochschule, erhalten haben, schätzen den Kontakt mit Kolleginnen aus anderen Wissensgebieten in ganz besonderer Weise und nehmen deshalb intensiv am Vereinsleben teil. Ein Zusammenschluss von Akademikerinnen im Tessin ist noch ausstehend, würde aber sehr begrüsst, damit auch dieser Kulturkreis angemessen in diesem Verband vertreten wäre.

Neu in den Zentralvorstand wurden gewählt: *Armella Huber* (St. Gallen) und *Annelise Pitteloud-Galletti* (Sitten).

Der SVA weist einen Stand von 1331 Mitgliedern auf. Er hat in seiner Vernehmlassung zum «Hochschulförderungsgesetz» angeregt, dass jeder Bildungswillige das Studium seiner Wahl sowie die zugehörige Weiterbildung an einer schweizerischen Hochschule *seiner Wahl* beginnen und abschliessen könne. Das beinhalte dann auch die Gewährleistung der Studienfreiheit.

Hinsichtlich der straflosen Unterbrechung der Schwangerschaft hat seine Kommission für den rechtlichen und wirtschaftlichen Status der Frau der Fristenlösung den Vorzug gegeben, welche auch von der Mehrheit des Zentralvorstandes bejaht wird. In einer ausführlichen Umfrage will man aber noch die Meinung aller Mitglieder erfahren. Weitere Stellungnahmen wurden zuhanden des BSF erarbeitet. 1974 sind es 50 Jahre seit der Gründung des Schweizerischen Verbandes der Akademikerinnen. In einem besonders festlichen Rahmen soll deshalb die nächste Delegiertenversammlung stattfinden, und zwar in Bern, wo seinerzeit der schweizerische Zusammenschluss erfolgt ist. Dank der Aeufnung eines Jubiläumsfonds ist ein Jubiläumsstipendium in Rahmen des internationalen Verbandes (IFUW) ausgeschrieben worden. Wer die glückliche Auserwählte sein wird, steht zurzeit noch aus. Eine Festschrift ist in Vorbereitung, zugleich eine Dokumentation für den geplanten Frauenkongress im Jahre der Frau, 1975, ebenfalls in Bern.

Im Dachrestaurant des «Astoria» wurde beim Tafeln ausgiebig vom interdisziplinären Gespräch profitiert und neue freundschaftliche Kontakte aufgenommen oder vertieft.

Am Sonntagmorgen setzte sich *Jeanne Hersch* (Genf) mit dem «Fortschritt» und seinen Grenzen auseinander, ein Thema, das vom internationalen Verband der Akademikerinnen für den Kongress 1974 in Japan gewählt worden ist und demzufolge von den angeschlossenen Nationalverbänden vorbereitet werden soll. Es sei falsch, alles abzulehnen, was wir heute besässen, denn noch nie hätten die Menschen weniger arbeiten müssen, und für viele Menschen seien heute viel mehr Möglichkeiten gegeben, ihr Leben sinnvoll zu verwirklichen. Es sei jedoch etwas vom Wichtigsten, dass unsere Welt menschlicher werde. Der Mensch verlange für alles eine technische Lösung. Ohne Grenzsituationen gäbe es jedoch kein Menschsein. Adam und Eva seien erst nach dem Sündenfall Menschen gewesen. Wir alle müssten deshalb versuchen, uns mit dem Menschsein zu versöhnen und lernen, es zu beherrschen. *Lydia Benz-Burger*

Stellungnahmen zum Schwangerschaftsabbruch

Legaler Schwangerschaftsabbruch im Kanton Luzern nicht möglich

E. P. D. Bei der Beratung über den Beitritt der Evangelisch-reformierten Kantonalkirche zum interkonfessionellen Verein für Ehe- und Lebensberatung im Kanton Luzern kritisierte die Synodensekretärin *Elsa Baumann-Müller* im Namen von 13 weiblichen Synodalen die Tatsache, dass im Kanton Luzern ein legaler Schwangerschaftsabbruch im Sinne des Schweizerischen Strafgesetzbuches auch heute nicht möglich ist, selbst wenn die Gesundheit der ratsuchenden Frau aufs höchste gefährdet ist.

Baselbieter Regierung zur Frage des Schwangerschaftsabbruchs

(sda) Für eine Gesetzesänderung in dem Sinne, dass die eugenischen, sozialen und juristischen Momente mitberücksichtigt werden, spricht sich der Regierungsrat des Kantons Basel-Land in seiner Vernehmlassung zum Entwurf eines Bundesgesetzes über den straflosen Abbruch der Schwangerschaft aus. Eine alleinige soziale Indikation, den Einsatz einer Sozialkommission und die Fristenlösung lehnt der Baselbieter Regierungsrat ab. Besonderes Gewicht legt er auf die flankierenden Massnahmen, die Sexualerziehung in den Schulen, Verhütung unerwünschter Schwangerschaften, Schaffung von Beratungsstellen, «Entdiskriminierung» unehelicher Mütter und Kinder sowie Verbesserung der Sozialfürsorge.

Christliche Arbeitsgemeinschaft für Ehe- und Familienfragen für engere Indikationenlösung

E. P. D. Der Vorstand der *Christlichen Arbeitsgemeinschaft für Ehe- und Familienfragen* hat sich über die vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement unterbreiteten Vorschläge zu einer gesetzlichen Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs ausgesprochen. Je eine kleine Minderheit stimmte für die Fristenlösung und die Indikationenlösung mit sozialer Indikation. Einig war sich der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft darin, dass das soziale Moment mit zu berücksichtigen sei. Die Mehrheit möchte dieses Anliegen in der Indikationenlösung ohne soziale Indikation verwirklicht sehen, gibt es doch soziale Not, die nicht mit finanziellen Mitteln behoben werden kann. Weitgehend schloss man sich den Ueberlegungen des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes an, indem vor allem das Recht des ungeborenen Kindes, die Notwendigkeit der Verteilung der Verantwortlichkeiten um den Schwangerschaftsabbruch wie auch des Gesprächs der Beteiligten betont wurde. Besonders begrüsst wurde die Schaffung von Beratungsstellen. Diese haben jedoch nur dann einen Sinn, wenn ihre Dienste vom Arzt auch in Anspruch genommen werden und wenn sie über genügend Mittel verfügen, um finanzielle Notlagen aufzufangen. Bei der Schaffung neuer gesetzlicher Grundlagen sollte daran gedacht werden, die Ehe-, Familien- und Jugendberatung sowie die Sexualerziehung in unserm Land weiter auszubauen und zu intensivieren.

75 Jahre Töchterinstitut Horgen ZH

I. F. Vor kurzem feierte das *Reformierte Töchterinstitut Horgen*, getragen von einem Verein, das Jubiläum seines 75jährigen Bestehens. Den ursprünglichen Zielen – Schulung in allen Zweigen der Hauswirtschaft und Unterricht in allgemeinbildenden Fächern – ist es bis heute treu geblieben, hat sich aber doch der neuen Zeit angepasst: Steno, Maschinenschreiben, Bürger- und Lebenskunde, Gartenbau, Basteln, Sport usw. stehen neben modernen Sprachen auf dem reichhaltigen Stundenplan. Mit dem Haushaltunterricht ist zugleich das Obligatorium erfüllt. Welsche und Auslandschweizerinnen bilden den Hauptharst der rund 30 Schülerinnen, die in dem behaglichen alten Haus mit seiner brandneuen Schulküche und dem vor kurzem im grossen Garten erstellten Schulpavillon Unterkunft finden. Die Mädchen werden betreut von *Gertrud Wiedmer*, Primarlehrerin, sowie anderen Lehr- und Erziehungskräften. Ein Vorstand (Präsident *Ernst Richi*) und eine Frauenkommission (Präsidentin Dr. med. *Ulrike Studer*) wachen über Geschäfte, Gesundheit und Schulbetrieb.

eidgenössische politik ganz kurz

Sparappell des Bundesrates

Aufruf zur Oelkrise

fi. Am 8. November wurde von der Bundeskanzlei ein Aufruf des Bundesrates mitgeteilt, der die Bevölkerung darum «bittet», mit den flüssigen Brenn- und Treibstoffen sparsam umzugehen.

Obwohl bis vor kurzem die Oelversorgung immer noch als gesichert bezeichnet worden war, kommt der Aufruf nicht überraschend. Es sei an die Hinweise erinnert, die aus dem Bundeshaus gemacht wurden. Ueberraschend ist eher, dass es der Bundesrat vorerst bei einem blossen Appell an die Einsicht des Bürgers bewenden lässt. Es ist indessen nicht daran zu zweifeln, dass konkrete Massnahmen zuständigen Ortes vorbereitet und zu gegebener Zeit auch erlassen werden, wenn sich die Situation verschärfen sollte. – Damit zum Wortlaut der Verlautbarung des Bundesrates:

Aufruf

Der schweizerische Bundesrat teilt mit:

Während die Oelversorgung bis vor kurzem als gesichert bezeichnet werden konnte, beginnen sich im Zusammenhang mit den Ereignissen im Nahen Osten vermehrt Verknappungserscheinungen geltend zu machen. Die weitere Entwicklung muss als unübersichtlich bezeichnet werden. Eine unsichere Lage beginnt sich vor allem im Sektor der Heizöle abzuzeichnen. Dagegen wird zurzeit die Benzinversorgung noch als befriedigend gemeldet, was allerdings auch ändern kann. Trotz dieser – gesamthaft gesehen – relativ günstigen Versorgungssituation in unserem Land, die nicht zuletzt auf bedeutende Importe während der letzten Wochen einerseits, auf eine weitsichtige Vorratspolitik anderseits zurückgeht, ist es nötig, mit unserer Energie sparsam umzugehen. Dies entspricht auch einem Akt der Solidarität gegenüber jenen Ländern, die mit der Versorgung Schwierigkeiten haben.

Jeder einzelne kann durch eine angemessene Einschränkung seinen Beitrag leisten, was es ermöglichen wird, auf Bewirtschaftungsmassnahmen, die durch die verantwortlichen Stellen sorgfältig vorbereitet wurden, vorläufig zu verzichten. In diesem Sinn fordert der Bundesrat die Gesamtbevölkerung zur Einleitung von angemessenen Sparaktionen auf. Er bittet sie im besonderen:

- die Raumtemperatur auf 20 Grad zu reduzieren;
- die Oelbrenner sachgemäss kontrollieren und einstellen zu lassen, um einen höhern Ausnutzungsgrad des Brennofens zu erzielen;
- den Warmwasserverbrauch auf das Nötige zu beschränken.

Der Bundesrat begrüsst die Vereinbarung innerhalb der Branche, wonach Lieferungen von Heizölen bis auf weiteres höchstens im Rahmen der Vorjahresbezüge vorzunehmen sind. Es soll insbesondere verhindert werden, dass ungerechtfertigte Nachlieferungen erfolgen. Bei Neuanlagen wird der übliche saisonale Bedarf geliefert.

Der Bundesrat appelliert ferner an alle Automobilisten, auf unnötige Fahrten zu verzichten und – wo dies möglich ist – das öffentliche Verkehrsmittel zu benützen.

Der Bundesrat zählt auf das Verständnis der Wirtschaft, des Gewerbes, der Verwaltung wie auch der gesamten Bevölkerung, so dass in gemeinsamer Anstrengung aller ein massgeblicher Beitrag zur Behebung allfälliger Engpässe in unserer Energieversorgung erwartet werden darf.

Mahnung der Brennstoffhändler

(sda) Der Schweizerische Brennstoffhändler-Verband ist der Ansicht, dass, wenn die Konsumenten «ernstlich an das Sparen denken würden», bis zu 20 Prozent und mehr an Heizöl und Benzin eingespart werden könnte. Dann sei es auch nicht ausgeschlossen, in der Schweiz auf Rationierungsmassnahmen zu verzichten. Wie der Zentralsekretär des Verbandes, W. von Gunten (Lausanne) mitteilte, beabsichtigen die Brennstoffhändler an die Konsumenten zu appellieren, nicht nur die üblichen Sparmassnahmen zu beachten, sondern auch dafür besorgt zu sein, dass die Zimmertemperaturen tagsüber nicht mehr als 21 Grad und nachts höchstens 17 Grad betragen. Auch sollten die Heizölöfen kontrolliert und die Warmwasservorräte nicht über Gebühr beansprucht werden.

Familie «Deutschschweizer»

Eine bemerkenswerte Untersuchung wurde im Auftrag des Beobachters durch das Institut für Kommunikationsforschung durchgeführt. Die Studie mit dem Titel «Der Deutschschweizer – ein demographisches Porträt» umfasst neben Einstellungen und Meinungen des Deutschschweizers zu seiner Familie und Umwelt auch diejenigen zur Politik, Wirtschaft, Behörden usw. Aber nicht nur wie die Befragten selber denken und handeln, wurde erhoben, sondern das «Selbstbild» (Wie sieht und beurteilt sich der Befragte selbst?), das «Idealbild» (Soll-Vorstellungen des Befragten) und das «vermeintliche Fremdbild» (Wie – glaubt der Befragte – wird der Deutschschweizer von Ausländern gesehen?) wurden einander gegenübergestellt, um eine optimalere Vorstellung zu erhalten, wie der Deutschschweizer wirklich ist. An dieser Stelle wollen wir uns mit dem Kapitel: «Die Familie Deutschschweizer» befassen. Es zeigt ganz pragmatisch, dass die Beziehungen zur Familie nicht so unproblematisch sind, wie es manche Zeitgenossen wahr haben wollen.

Keine Anerkennung der Frau

Schwarz auf weiss liest man, dass die Deutschschweizer bis zum tatsächlichen Vollzug der Gleichberechtigung noch einen weiten Weg zurücklegen müssen, denn 77 Prozent der Befragten sind sich darin einig, dass sich die Männer den Frauen überlegen fühlen. Dieses Statusinteresse der Männer trägt dazu bei, dass nur 22 Prozent der Auffassung sind, der Deutschschweizer Mann würde in der Zukunft eine Frau als Chef akzeptieren. Nicht verwunderlich, denn 98 Prozent der Befragten sehen in der Frau noch Ende 1972 vornehmlich die tüchtige Hausfrau, die selbst gerne Hausfrau ist (78 Prozent). Die Frau kommt den sich daraus ergebenden Rollenerwartungen entgegen. Entweder sie hat sich um des lieben Friedens willen mit der Situation abgefunden, oder sie ist heilfroh, sich nicht der Dreifachbelastung von Beruf, Haushalt und Kindern stellen zu müssen. So erstaunt es nicht, dass viele Hausfrauen zur Rechtfertigung ihres Selbstbildes der Ansicht sind, die Frauen seien gleichberechtigt. Was die beruflichen Chancen betrifft, sind sich Männer und Frauen diesmal einig: 65 Prozent bezeugen, dass die Frauen im Beruf weniger Chancen haben. Trotzdem glauben 48 Prozent der Männer, die Frau sei dem Manne gleichgestellt ...

Haushaltarbeit – Sache der Frau

Dass der Deutschschweizer Mann der Frau nicht unbedingt bei der Kindererziehung und im Haushalt behilflich ist, weiss man längst. Nach dem Motto: «Der Mann am Herd ist auch nichts wert» drücken sich 78 Prozent der Männer von dieser «Plackerei», welche die Frau ohnehin schneller und besser macht. Am ehesten helfen noch die älteren Semester, nämlich die 55- bis 74jährigen (32 Prozent). (Das ist erstaunlich, man würde doch eigentlich annehmen, es seien die ganz jungen Ehemänner, die helfen. Red.)

Kindererziehung

92 Prozent der Befragten betonen, dass sich Mann und Frau gleich viel um die Kindererziehung kümmern sollten. Sagen und Tun war schon immer zweierlei: Gemäss dieser Untersuchung kümmert sich der Mann im allgemeinen wenig um die Erziehung der Kinder (54 Prozent). Seine Freizeit benützt er vorab für Weiterbildung (71 Prozent), denn diese ist in den meisten Berufssparten unerlässlich, um auf der Höhe zu bleiben. Während viele Frauen den Hürdenlauf der Verpflichtungen kaum bewältigen können, wissen anderseits 36 Prozent der Männer nicht recht, was sie mit ihrer Freizeit anfangen sollen (!). Dabei spielen natürlich Alter und Bildungsniveau eine Rolle: Die jüngere Generation der 25- bis 34jährigen versucht dem Idealbild näher zu kommen und sich auch vermehrt mit den Kindern abzugeben. In Erziehungsfragen bestehen noch recht unterschiedliche Auffassungen: Jeder zweite Deutschschweizer ist für eine strenge Erziehung, in der Meinung, sie sei der Garant für die Eingliederung in die Gesellschaft. Die jüngere Generation ist schon eher für liberalere Erziehungsmethoden. Zusammen mit den Bevölkerungsschichten der mittleren und oberen Bildungsschicht plädieren sie für eine Aenderung der traditionellen Knabenerziehung, um den Kniefall vor der «Omnipotenz des Mannes» ein für allemal auszurotten. (117 S., gratis bei Verlagsges. Beobachter/AG, Glattbrugg. Auf Anfrage zusätzlicher, ausführlicher Tabellen-Band, 295 S., Fr. 18.—.)

Jackie Pfister

Frauenfragen sind Männern gleichgültig

Ein Experiment des Schweizerischen Kaufmännischen Vereins

A. M. Frauenfragen haben einen grossen Nachteil: Sie sind den meisten Männern gleichgültig. Selbst aufgeschlossene und fortschrittliche Männer, die sich für diese Probleme interessieren, ziehen daraus kaum Konsequenzen. Sie lassen die Erkenntnisse im Alltag und in ihrem Arbeitsbereich nicht wirksam werden.

Verbände und Gewerkschaften werden von Männern geführt. Somit sind auch sie es, die Aktionsprogramme und Postulate ausarbeiten und sich mit der Betreuung und Werbung der Mitglieder befassen. Auch wenn sie sich der Bedeutung der Frauenfragen bewusst sind, ist es für sie schwierig, sich hinein zu einfühlen. Dies ist auch verständlich, denn wie soll ein Mann sich in die Lage einer Frau versetzen und das ganze Ausmass der Benachteiligung erkennen können, die er nicht an sich selbst erleben muss?

Gerbergasse Basel
ideal heim
Hersteller der waeckerlin-massmöbel
Einrichtungsprogramme für Anspruchsvolle

Solche Erkenntnisse veranlasste den *Schweizerischen Kaufmännischen Verein*, eine Tagung mit dem Titel «Die Frau – Versuch einer Standortbestimmung» durchzuführen. Sie war als Experiment gedacht und sollte die heutige Situation innerhalb der Verbandsstruktur aufzeigen. Hauptreferent des Tages war *René Levy*, Forschungsassistent am Soziologischen Institut der Universität Zürich und Mitverfasser der Untersuchung über die Stellung der Frau in der Schweiz im Auftrage der UNESCO. Einleitend erläuterte er die Gründe für die allgemeine Verständnislosigkeit gegenüber den Frauenfragen. Auch viele Frauen sind sich der Diskrimination gar nicht bewusst, weil die herrschenden Normvorstellungen ihnen den Zustand als «normal» erscheinen lassen. Die frühkindliche Erziehung und Identitätsbildung bewirkt geschlechtsspezifische Verhaltensunterschiede, die als richtig gelten.

Der zweite Teil des Referates war der *Stellung der Frau im Beruf* gewidmet. R. Levy wies auf die Auswirkungen der Diskrimination in diesem Bereich hin, die sich vor allem in der schlechteren Entlöhnung, den geringeren Aufstiegschancen und den grösseren Leistungsanforderungen äussern. Auch hier hat die Erziehung ihren Einfluss, indem die berufliche Laufbahn für Mädchen als nicht erstrebenswert angesehen wird.

Frauen erwarten von den Verbänden und Gewerkschaften kämpferischen Einsatz

Durch seine Analyse der Stellung der Frau in der Berufsorganisation versuchte dann der Referent, die Gründe für die Untervertretung der Frauen in Verbänden und Gewerkschaften zu erklären. Er betonte, dass es nicht – wie oft behauptet wird – am mangelnden Interesse liege. Vielmehr trage der Umstand daran die Schuld, dass die Organisationen sich nach den Anforderungen der männlichen Mitglieder richteten und von Männern geführt würden. Die Frauen verlangten aber von ihrer Berufsorganisation andere Funktionen als die Männer. Während diese vor allem die Statuserhaltung und -absicherung und Dienstleistungen wünschten, erwarteten die Frauen eher den kämpferischen Einsatz zur Erreichung der kollektiven Situationsverbesserung.

Im anschliessenden Podiumsgespräch, das von *Marianne de Mestral*, lic. theol., Boldern (Männedorf) mit viel Einfühlungsvermögen geleitet wurde, kam deutlich zum Ausdruck, dass viele Männer und sogar Frauen Mühe haben, die modernen Erkenntnisse zu akzeptieren, und dass ihnen die tatsächliche Situation gar nicht bewusst ist.

Den Männern fehlt es an Aufklärung

Ein interessanter Versuch wurde zum Abschluss der Tagung gemacht. Einige Männer erhielten die Aufgabe, Frauen für die Mitwirkung im Verband zu gewinnen. Es gelang ihnen nicht, Argumente zu finden, die die Frauen hätten überzeugen können, sondern sie blieben ganz den männlichen Vorstellungen verhaftet.

Die Veranstaltung zeigte deutlich, wie notwendig es ist, die Männer aufzuklären und zu aktivieren. Die bisherige Meinung, dass die Frauen innerhalb der Berufsorganisation voll integriert seien und gleich behandelt werden sollen wie die Männer, hat sich als verfrüht erwiesen. Noch sind die Unterschiede in der beruflichen und gesellschaftlichen Stellung zwischen Frauen und Männern zu gross, um diese Gleichstellung zu realisieren. Zuerst müssen also diese Unterschiede abgebaut werden. Vor dieser Einsicht wird keine Organisation sich verschliessen können.

Kurz gemeldet

Ordinarius an der Uni

Professor Dr. *Doris Rast*, von Luzern und Näfels GL, Assistenzprofessur für allgemeine Botanik an der Philosophischen Fakultät II der Universität Zürich, wurde zum Extraordinarius befördert.

Eine Frau stellt „ihren Mann"

Kürzlich konnte die Verzinkerei Wettingen AG ihr 20jähriges Bestehen feiern. Dieser Firma steht seit zehn Jahren eine Frau vor. *Elisabeth Huser* hat 1953 zusammen mit ihrem Gatten ein kleines Geschäft gegründet. Seit dem Tod ihres Mannes führte sie die Firma nicht nur allein weiter, sondern vergrösserte und modernisierte den Betrieb, was neben ihrer Aufgabe als Hausfrau und Mutter eine beachtliche Leistung darstellt.

Platz für ein Kind

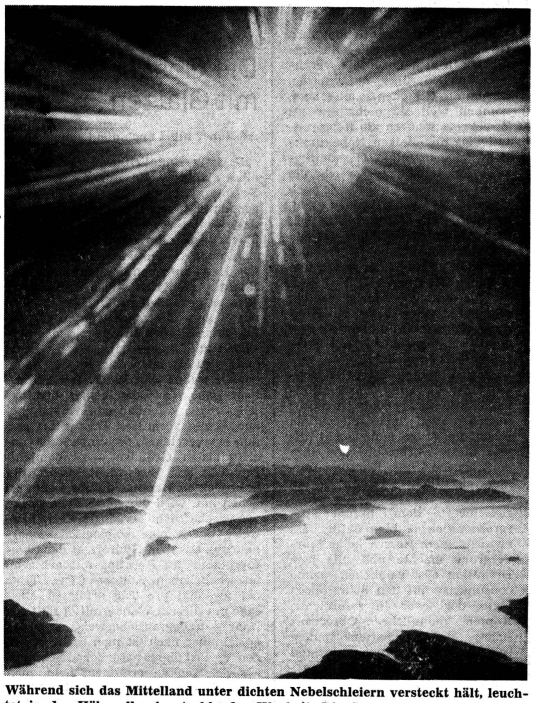
«Es ist unbedingt notwendig für die Entwicklung des Kindes, dass es für einige Zeit aus der Familie herausgenommen wird.» Solche Alarmrufe erreichen die «Aktion im Dienste des Bruders» immer wieder aus Pariser Elendsvierteln und deutschen Obdachlosen-Siedlungen. Dieses Kinderhilfswerk sucht deshalb wiederum Schweizer Familien, die Anfang 1974 oder im kommenden Sommer für zwei bis drei Monate ein körperlich oder seelisch erholungsbedürftiges Kind bei sich aufnehmen. Voraussetzungen bei den Gastfamilien sind vor allem Einfühlungsvermögen und Geduld. Auskunft erteilt: «Aktion im Dienste des Bruders», Maihofstrasse 1, 6002 Luzern, Telefon 041 36 85 03.

vorsicht vorsicht vorsicht
gift
vorsicht vorsicht vorsicht

Frau Saubermann als Busenstar

vw) Als Beilage zu verschiedenen Zeitungen erscheint neuerdings ein Radio- und Fernsehprogrammheft mit dem Namen TR 7. Daraus entnehmen wir folgende welterschütternde Neuigkeit: *«Wussten Sie schon, dass Senta Berger, Busenstar von Format, mit Einverständnis ihres Mannes Michael Verhoeven keinen Ehering mehr trägt, weil er sie beim Geschirrspülen und Wäschewaschen zu sehr gestört hat?»*

Nein, nein, diesmal ist es kein Druckfehler: Es ist nicht der Busen, der ihr in die Quere kommt, sondern der Ehering. «Oisereiner leit halt Gummihändsche aa ...»



Während sich das Mittelland unter dichten Nebelschleiern versteckt hält, leuchtet in der Höhe alles in strahlender Klarheit. Die Sonne scheint gelegentlich doch nicht für alle Menschen ... (Foto Bruell)

SFB Nr. 24 23. November 1973

Treff punkt für Konsumenten

Verantwortliche Redaktion:
Hilde Custer-Oczeret
Vorstandsmitglied
des Konsumentinnenforums

Brauerstrasse 62
9016 St. Gallen
Telefon 071 24 48 89

Enormer Reinertrag der Alkoholverwaltung

Der Bericht des Bundesrats über die Geschäftsführung der Eigenössischen Alkoholverwaltung für das am 30. Juni a. c. abgeschlossene Geschäftsjahr 1972/73 weist einen noch nie erreichten Reingewinn von 295,5 Millionen Franken aus und damit eine so hohe Ertragssumme dieser bedeutenden Fiskalstelle, dass deren vielseitige Tätigkeit das Interesse der Allgemeinheit beanspruchen darf. Einerseits, weil im Hinblick auf die Verwendung dieses Reinertrags zugunsten der AHV und der Kantone der Jahresabschluss höchst erfreulich ist, anderseits, jedoch in den an der Volksgesundheit interessierten Kreisen Anlass zu Bedenken geben könnte, die Erhöhung des Gewinns um rund 100 Millionen Franken im Vergleich zum Vorjahr sei vor allem mit einem gewaltigen Anstieg des Alkoholkonsums verbunden.

Der Zusammenfassung über die Tätigkeit der Alkoholverwaltung in ihrem Geschäftsbericht ist jedoch – dies sei eingangs summarisch erwähnt – zu entnehmen, dass der heurige Reingewinn zwei Komponenten zu verdanken ist, die nur indirekt mit dem Alkoholkonsum in Verbindung stehen. Zwar übertraf der Verkauf gebrannter Wasser durch die Alkoholverwaltung die Vorjahresrechnung um 27,7 Millionen Franken, und die Steuern auf Spezialitäten- und Kernobstbranntwein sowie die Monopolgebühren auf eingeführten Spirituosen um 25,9 Millionen Franken, um Summen also, die den Voranschlag weit übersteigen und durch die vom Bundesrat am 1. Januar 1973 beschlossene Erhöhung der fiskalischen Belastung beeinflusst worden sind.

Mehrerträge und Minderaufwand

Eine massgebliche Rolle indessen spielten im Geschäftsjahr 1972/73 die unter dem Voranschlag stehenden Ausgaben für die brennlose Kartoffel- und Obstverwertung. Bei den Kartoffeln mussten nur 9,2 Millionen Franken verwendet werden (anstatt der veranschlagten 24 Millionen Franken), was auf die erntebedingten geringen Ueberschüsse zurückzuführen ist sowie auf die erreichten bedeutend besseren Exportbedingungen von Speise- und Saatkartoffeln. Und da der Obstertrag im Herbst 1972 stark hinter den Ernteerwartungen zurückgeblieben war – er lag unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre –, verminderten sich auch hier, und zwar um 10,1 Millionen Franken, die im Budget vorgesehenen Verwertungsausgaben, eine Erscheinung allerdings, die sowohl bei den Kartoffeln als auch beim Obst eher Seltenheitswert besitzt, wenn man an die entsprechenden Aufwendungen in den letzten Jahren denkt.

Die Mehrerträge und der Minderaufwand haben bewirkt, dass das Ergebnis der Alkoholverwaltung dasjenige des Vorjahres um 100 Millionen Franken überschreitet. Aus dem Reinertrag erhalten Bund und Kantone je 125,4 Millionen Franken, ersterer zugunsten der AHV, letztere in ihre Staatskassen, berechnet aufgrund ihrer Einwohnerzahl mit einer Kopfquote von 20 Franken, einem noch nie erreichten Betrag, der denjenigen des Geschäftsjahres 1971/72 um 6 Franken übersteigt. Allerdings haben die Kantone von ihren Betreffnissen die gesetzlich vorgeschriebenen zehn Prozent als Alkoholzehntel abzuzweigen; dieser muss für die Bekämpfung des Alkoholismus verwendet werden. Mit den heuer zur Auszahlung gelangenden rund 250 Millionen Franken, die weitgehend sozialen Zwecken dienen, erreichen die Leistungen der Alkoholverwaltung in den vergangenen zehn Jahren die Summe von 1,2 Milliarden Franken.

Unersättliche Alkoholkonsumenten?

Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, dass die Einfuhr von Alkoholika, die nach den Preiserhöhungen von 1969 und 1970 rückläufig war, später wieder rapid anstieg, weshalb denn auch am 1. Januar 1973 die Fiskalbelastungen drastisch erhöht wurden, nämlich die Monopolgebühren beim Import ausländischer Spirituosen, die Alkoholsteuer aus den inländischen Branntweinen und die Verkaufspreise der Alkoholverwaltung für Trinksprit und Kernobstbranntwein um 45 Prozent. Trotz diesem mutigen Entschluss war ein wesentliches Ansteigen der Importe unvermeidlich, weil selbst hohe Verkaufspreise von Spirituosen auf gewisse Käuferkreise nicht abschreckend wirkten und zum Beispiel beim Kernobstbranntwein die Nachfrage derart gross war, dass die Alkoholverwaltung den Verkauf ab Januar 1973 kontingentieren musste. Sicher können fiskalische Belastungen nur dann einen den Verbrauch einschränkenden Erfolg haben, wenn eine Konjunkturdämpfung und die Stabilisierung des Geldwertes erreicht werden. Zweifellos ist es höchst wichtig, die Entwicklung auf dem Branntweinmarkt weiterhin kritisch zu beobachten und die prophylaktischen Massnahmen hinsichtlich der Aufklärung der Bevölkerung für die brennlose Verwertung von Obst und Kartoffeln mit allen der Oeffentlichkeit zugänglichen Mitteln weiterzuführen. Diese, der gesunden Ernährung eingeräumte Priorität in der Gesundheitspolitik der Alkoholverwaltung, sprengt zwar den Kreis ihrer Aufgaben, doch wird gerade damit eine weit wirksamere und weitblickendere Bekämpfung der Ursachen des Alkoholismus erreicht, als dies durch Fiskalmassnahmen möglich ist.

Revision des Alkoholgesetzes

Die im Vorjahr vom Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartement eingesetzte Expertenkommission für die Revision der Vorschriften des Alkoholgesetzes über den Handel mit gebrannten Wassern zu Trinkzwecken, hat ihre Arbeit abgeschlossen. Der Revisionsentwurf wird durch das zuständige Departement weiterverarbeitet und dann dem Bundesrat zum Vernehmlassungsverfahren vorgelegt. Mit der Revision wird bezweckt, den preislichen Missbräuchen beim Angebot sowie im Reklamewesen besser begegnen zu können.

Paula Maag

Wohltätigkeit oder Produktwerbung?

Ein Detailhandelsunternehmen mit Filialbetrieben (kein Grossverteiler) verquickt seine Produktwerbung mit einer Aktion, die ein bisschen Abfallverwertung, ein bisschen Umweltschutz und ein bisschen Hilfe für bedrängte Gemeinden enthält. Die Konsumenten werden in ganzseitigen Inseraten aufgefordert, ihre alten Zeitungen an eine bestimmte Adresse zu senden oder sie einer Organisation zu überlassen, welche alte Zeitungen sammelt. Es gibt Versandetiketten und Mitteilungskarten. Die Versandetiketten soll man benützen, wenn man die Zeitungen an die im Inserat angegebene Adresse schickt, die Mitteilungskarten, um anzugeben, wie viele Kilogramm Zeitungen man welcher Organisation übergeben hat. Theoretisch kann natürlich jedermann die Mitteilungskarten ausfüllen, ohne auch nur ein Kilogramm Zeitungen an irgendeine Organisation zu übergeben. Ob es dabei wirklich mit rechten Dingen zugeht, ist auch gar nicht so wichtig. Die ganze Aktion läuft ohnehin auf einen Wettbewerb hinaus, und Hauptzweck ist natürlich die Produktwerbung.

Volkswirtschaftlich unsinnig ist es aber, wenn nun viele Leute tatsächlich Zeitungspakete in der Welt herumschicken. Erstens ist unsere Paketpost tief in den roten Zahlen. Das Personal ist knapp, man muss an allen Ecken und Enden rationalisieren. Gratis kann man zweitens die Zeitungen ja nicht schicken. Für ein bis drei Kilogramm bezahlt man Fr. 1.30 Porto, für drei bis fünf Kilogramm 2 Franken, für fünf bis zehn Kilogramm sogar 3 Franken. Für Sendungen über fünf Kilogramm muss der Empfänger aber noch 1 Franken Zustellgebühr bezahlen. Und was bekommen die bedrängten Gemeinden nach all diesen Umtrieben? Fünf Rappen pro Kilogramm alte Zeitungen! Da stehen nun wirklich Aufwand und Ertrag in keinem sinnvollen Verhältnis mehr.

Offenbar hat die Firma, der wir unsere Bedenken auch vorgetragen haben, sehr bald gemerkt, dass diese Rechnung kaum aufgeht. Darum stellte sie vor ihre Filialen Kisten, in welche man die Zeitungen legen kann. Die Firma behauptet, sie hätte zahlreiche Briefe, Postkarten, Telefonanrufe erhalten, mit denen man ihr zu dieser Aktion gratulierte. Sie redet sich jetzt damit heraus, der Posteinsand sei nur als «Notventil» für Leute gedacht gewesen, die sonst keine Möglichkeit haben, ihr Altpapier loszuwerden. In den Inseraten stand aber diese «Notventil»-Variante an erster Stelle der Vorschläge, wie man sich an der Aktion beteiligen könne, und von den Kisten vor den Läden ist in den Inseraten überhaupt nicht die Rede.

Wir bleiben dabei: Solche mit Wohltätigkeit umhüllten Werbeaktionen sind fragwürdig, und in diesem Fall eindeutig falsch konzipiert.

Susi

Ein ganz neues Konsumentengefühl!

Man lernt doch nie aus. Unsere Leser erinnern sich vielleicht noch an den Preisvergleich von Zimtpulver in mehr oder weniger kostbaren Streugläschen gegenüber dem offen verkauften Zimt, den wir in Nummer 22 vom 26. Oktober 1973 veröffentlicht haben.

Ein Detaillist, der offenbar auch Gewürze in teuren Gläschen führt, sah sich daraufhin veranlasst, uns darüber aufzuklären, warum die Gläschen so teuer sind, nämlich weil sie nicht nur als Zweckglas sondern als Repräsentativglas mit einigen Nebenfunktionen dienen sollen. Gerade diese Aufmachung sei es, welche die Kunden wünschten. (Dass es auch diese Sorte von Kunden gibt, möchten wir nicht bestreiten.) Sein Argument bezüglich der Repräsentationsaufgabe solcher Gläschen erläuterte er mit einem Beispiel. Wir zitieren:

«Was wendet beispielsweise ein Mann für seine Frau an Kleidung, Schmuck und anderem auf, damit sie nicht nur einen Rohfleischwert darstellt?»

Ehrlich gesagt, beim Betrachten einer gewissen Waschmittel- und Kosmetikwerbung ist sicher manchen von uns gelegentlich schon die Frage aufgetaucht, als was diese Werbeleute und ihre Auftraggeber uns Konsumentinnen eigentlich werten. Darum sind wir als «verpackte Rohfleischwerte» dem Einsender ausserordentlich dankbar dafür, dass er aus seinem Herzen keine Mördergrube machte und uns jene Definition des weiblichen «homo consumens» auf den Schreibtisch legte, der zwar in zahlreichen Köpfen männlicher Observanz schon lange herumzuspuken scheint, den aber noch niemand vorher so genau in Worte zu fassen vermochte.

Die Geschäfte mit Glatzen

Ausdauer führt auch nicht zum Ziel

Es ist erstaunlich, was der Mensch alles glaubt, wenn nur die geringste Hoffnung ihn anspornt. Keine schlagenden Beweise und einleuchtenden Argumente vermögen ihn davon zu überzeugen, dass offensichtlicher Unsinn angepriesen wird: beispielsweise die Hersteller von Präparaten gegen Haarausfall. Es ist allgemein bekannt, dass es gegen eine Glatze kein Heilmittel gibt. Trotzdem werden die gefährdeten Stellen unverdrossen eingerieben und «behandelt». Wie es kaum anders zu erwarten war, tut der Haarausfall weiter sein Werk. Der Schluss liegt nahe, dass das bisher benutzte Wässerchen offenbar den versprochenen Erfolg vermissen liess. Statt sich nun einzugestehen, dass man – aus unerfindlichen Gründen – zu demjenigen Teil der Menschheit gehört, der unbedeckten Hauptes durchs Leben zu gehen hat, wird die ganze Behandlung wissenschaftlich ergänzt: beispielsweise durch eine «biologische Haarnahrung aus dem Hydrolysat der Skleroproteine des Keratins mit achtzehn unentbehrlichen Aminosäuren». Trotz der zweimal pro Tag erfolgten Massage mit diesem Wundermittel fällt das Haar – unbegreiflicherweise – weiter aus. Immer noch ist man nicht bereit, den Verlust dieses natürlichen Schmuckes gelassen zu erdulden, nein, man wechselt erneut die Marke des Wirkstoffes, der den Haarmangel beheben soll. Es nützt nichts, dass man sehr wohl Coiffeure kennt, die durch keine Kunst ihres Berufes der eigenen Glatze Einhalt gebieten können; denn wenn es ein Mittel gegen dieses Leiden gäbe, der Coiffeur wäre bestimmt derjenige, der es am ehesten erfahren und erproben würde.

Schweizerischer Konsumentenbund (SKB)

Hauseigene Wasserreinigung?

Seit Mitte Oktober wird in der Schweiz ein spezielles Trinkwasser-Reinigungsgerät für den Haushalt propagiert. Es kostet 89 Franken und das Filtermedium sollte – nach der Empfehlung des Herstellers – ungefähr alle vier Wochen ersetzt werden. Das Ersatzmedium kostet immerhin Fr. 6.90. Das Gerät liefert pro Minute einen Liter Trinkwasser. Eilige Hausfrauen hätten sich also mit Geduld zu wappnen, wenn sie schnell einen Kaffee mit garantiert sterilem Wasser kochen wollen. Man kann – excüsi – den Hygienefimmel auch übertreiben. Unsere Umwelt ist in Gottes Namen voller Keime, Bakterien, Staub und anderer Unreinigkeiten.

Bevor man sich in Unkosten für die Anschaffung eines hauseigenen Trinkwasser-Reinigungsgerätes stürzt, sollte man unbedingt den Kantonschemiker anfragen, zu dessen Aufgaben es ja gehört, regelmässig das Trinkwasser auf Fremdstoffe zu prüfen. Man sollte wissen, ob das Wasser, das einem ins Haus geliefert wird, auch wirklich solcher Spezial-Reinigungsprozeduren bedarf.

Schliesslich zahlen wir ja alle Wasserzins. In St. Gallen ist er kürzlich erst wieder um 40 Prozent erhöht worden. Es ist Pflicht der Wasserlieferanten, uns einwandfreies Trinkwasser zu liefern.

H. C.-O.

Tiefkühlgeräte im Keller

Wie werden die Stromkosten verrechnet?

Oft geschieht es, dass ein Mieter in seiner Wohnung keinen Platz für ein grösseres Tiefkühlgerät findet und dieses in seinem Kellerabteil aufstellen muss. Dann drängt sich die Frage auf, wie man den Stromverbrauch berechnen soll, da normalerweise Treppen- und Kellerbeleuchtung pauschal verrechnet werden, oder im Mietzins inbegriffen ist.

Sofern die Wohnungszähler nicht im Keller angebracht sind, besteht die Möglichkeit, einzelne Zähler einzubauen, doch ist dies eine kostspielige Lösung. Einfacher ist es, nach folgender Regel vorzugehen:

Im Durchschnitt kann pro 100 Liter Inhalt des Tiefkühlgerätes mit einem Stromverbrauch von rund 1kW pro Tag gerechnet werden. Ein Gerät mit 250 Litern Inhalt verbraucht somit pro Tag 2,5 kW. Wenn wir pro kW mit durchschnittlich neun Rappen rechnen, so macht das pro Tag 22,5 Rappen aus, im Monat somit Fr. 6.75.

Zu den Geräten selbst ist zu sagen, dass sich der Stromverbrauch bei Truhe oder Schrank nicht wesentlich unterscheidet, sofern der Schrank gefüllt ist und so beim Oeffnen der Schranktüre wenig Kaltluft abfliessen kann. Man merke sich allgemein:

Ein leeres TK-Gerät verbraucht mehr Strom! Es ist auch darauf zu achten, dass der Tiefkühler richtig gehandhabt und gepflegt wird, um starke Vereisungen zu vermeiden, die zu einem höheren Stromverbrauch führen.

Bei Neubauten sollte die Möglichkeit, im Keller Tiefkühlgeräte aufzustellen, miteingeplant werden. Es ist zu prüfen, ob der Stromverbrauch mit einer Pauschale verrechnet, ob ein Kollektivzähler für die aufgestellten Tiefkühlgeräte oder ein Anschluss an die Wohnungszähler installiert werden soll.

Kassensturz

Ein Fernseh-Wirtschaftsmagazin in Sicht

Es sieht ganz so aus, als ob eine immer wieder mit Nachdruck vorgebrachte Forderung der Konsumentenorganisationen nun-endlich, endlich-doch noch erfüllt werden soll: Das Fernsehen will vom 4. Januar 1974 an, alle zwei Wochen, am Freitag um 19 Uhr, ein Wirtschaftsmagazin unter dem Titel «Kassensturz» ausstrahlen. Darin sollen dem Zuschauer wirtschaftliche Probleme und Zusammenhänge näher gebracht, sollen die Fernsehteilnehmer als Staatsbürger und Konsumenten angesprochen werden.

Vorschlusslorbeeren möchten wir lieber noch nicht verteilen. Das jahrelange Warten auf die Erfüllung dieser Forderungen hat die engagierten Konsumentenvertreter begreiflicherweise etwas misstrauisch gemacht. Die ersten Versuche des Fernsehens in der Richtung auf eine bessere Konsumenteninformation liegen mehr als zehn Jahre zurück. Damals machte man – noch an der Kreuzstrasse – einige schüchterne Gehversuche, aber die Uebung wurde dann wieder abgeblasen.

Bis zum 4. Januar des kommenden Jahres möchten wir unseren Lesern empfehlen, sich doch hie und da die ARD-Sendungen «Markt» am Samstag von 16.45 bis 17.15 Uhr und den ARD-Ratgeber am Sonntag, 10.45 bis 11.30 Uhr, anzuschauen. Ausserdem sendet der Südwestfunk I in seinem Radioprogramm von Montag bis Freitag, jeweils von 16 bis 17 Uhr, eine Art Verbrauchermagazin, das die Sendung «Zur Kasse bitte» (früher am Dienstag von 17 bis 19 Uhr) abgelöst hat.

hc

Das heutige Klima der ständigen Konjunkturüberhitzung ist weder der Allgemeinheit noch dem einzelnen zuträglich. Konsumentinnen und Konsumenten, die eine Normalisierung und Beruhigung des Wirtschaftsgeschehens anstreben, sind darum gut beraten, wenn sie am 1./2. Dezember 1973 ein vierfaches Ja in die Urne legen.

Schweizerischer Konsumentenbund

Frauenrechte

Information - Diskussion

Organ des Schweizerischen Verbandes für Frauenrechte

SFB Nr. 24 23. November 1973
Nächste Ausgabe dieser Seite:
21. Dezember 1973
Redaktionsschluss:
8. Dezember 1973

Verantwortliche Redaktion:
Anneliese Villard-Traber
Socinstrasse 43 4051 Basel
Telefon 061 23 52 41

Wird unsere Seite «Frauenrechte» 1974 weiterleben?

Ob unsere Seite weiterleben kann, oder ob Sie heute die zweitletzte Ausgabe vor sich haben (die letzte erschiene im Dezember), das hängt auch von Ihnen ab, liebe Leserinnen. Denn die Seite kann nur bestehen bleiben, wenn wir so rasch als möglich (in wenigen Wochen) die nötigen Finanzen zusammenbringen. Der Schweizerische Verband für Frauenrechte hat das Geld nicht. 6000 Franken wären nötig, um 1974 die Seite sechsmal (statt wie bisher dreizehnmal) im «SFB» publizieren zu können: 4500 Franken für die Druckkosten, 1500 Franken, um die Redaktorin und gelegentliche Mitarbeiterinnen recht, aber nicht übertrieben honorieren zu können. Wird es möglich sein, so viel Geld bis Ende Jahr zusammenzubringen? Allein von unsern Leserinnen? Wobei wir natürlich vor allem an jene unter Ihnen denken, die Mitglieder sind in unsern Verbandssektionen oder Einzelmitglieder des Schweizerischen Verbandes für Frauenrechte. Werden grosse und kleine Beträge schliesslich zusammen den einen grossen Betrag ergeben, der nötig wäre für sechs Seiten «Frauenrechte» im Jahr 1974? Wenn 100 Leserinnen sich entschliessen könnten, je 50 Franken über das normale Jahresabonnement hinaus zu opfern und 200 andere fünf Franken geben würden, so wären die 6000 Franken beisammen. Mehr zu geben wäre nicht verboten, weniger natürlich auch nicht. Käme die Summe zusammen, so wäre für 1974 gesorgt. Dem Verband wäre so Zeit geschenkt, um in Ruhe Finanzierungslösungen für die folgenden Jahre zu suchen. Wir haben soeben ein

**Postscheckkonto: Pressefonds «Frauenrechte»
im «SFB»
Schaffhausen 82-4444**

eröffnet für diese Hilfsaktion. Judith Widmer, Zentralvorstandsmitglied und Präsidentin der Sektion Schaffhausen betreut es. Es sei nochmals betont: Das «Schweizer Frauenblatt» als solches mit seinen andern Sonderseiten bleibt bestehen. Bei unserer Hilfsaktion geht es lediglich um Sein oder Nichtsein der Seite Frauenrechte. Im Folgenden lesen Sie, wie es zur heutigen Situation kam.

Da die Druckkosten ständig steigen, ist das «Schweizer Frauenblatt» trotz des Optimismus, den der neue Verleger in Stäfa zeigte, als er das Blatt 1971 übernahm, in ein Defizit geraten. So sieht sich der Verlag genötigt, die Preise, die bis jetzt von den Verbänden für die Sonderseiten bezahlt wurden, zu erhöhen. Dies trifft unsern Verband besonders hart, weil wir – im Gegensatz zu andern Verbänden – unsere Sonderseite nie bezahlen mussten. Wir bekamen 1959 von der Buchdruckerei Winterthur den Platz gratis angeboten, und ab 1968 bezahlte sie sogar eine bescheidene Redaktionsentschädigung. Ab 1971 hat uns die Druckerei in Stäfa die Seite unter denselben Bedingungen gedruckt. Das ändert nun. Für den Platz sollten wir pro Seite 750 Franken bezahlen, für sechs Seiten also 4500 Franken. Auch die Honorare für Redaktorin und Mitarbeiterinnen müssen wir selber übernehmen. Da der Verband aber nie ein obligatorisches Vereinsorgan besass, ist in seinem Budget kein Betrag dafür eingesetzt. Es besteht auch kein Fonds, nichts, wo man für einen solchen Zweck Geld in Reserve hätte. Die Mitgliederbeiträge an den Zentralvorstand (3 Franken pro Mitglied) reichen nicht weit. Gut die Hälfte kommt zudem aus der welschen Schweiz und dem Tessin. Den Mitgliedern dort kann man die Mitfinanzierung der deutschschweizerischen Seite ja auch nicht zumuten. Ausserdem hat die Sektion Zürich ein eigenes Organ «Die Staatsbürgerin», das sie nicht aufgeben möchte.

Was tun?

Andere Verbände, die ihre Sonderseiten schon jetzt bezahlen mussten, helfen sich so: Sie reduzieren ihren Raum im «SFB» und können so ihr Budget im Gleichgewicht halten. Doch unser Budget beträgt da Null. Die Hälfte von Null ist wieder Null. Reduzieren allein hilft uns nicht. Sollen wir ein Jahr aussetzen? In diesem Jahr prüfen, ob wir das Blatt nicht auch obligatorisch für unsere (deutschschweizerischen) Mitglieder machen könnten, so wie das «SFB» auch in andern Verbänden obligatorisch ist? Der Abonnementspreis könnte so verbilligt werden. Aber um so etwas einzuführen, braucht es verschiedene Abklärungen. Es braucht also Zeit. Wollen wir die Seite trotzdem 1974 weiterführen (was sicher besser wäre als aussetzen), so müssen wir das Geld für dieses eine Jahr – weil es der Verband nicht hat – auf anderem Weg zu beschaffen suchen. Darum appellieren wir an Sie, liebe Leserinnen: Wollen Sie, dass die Seite «Frauenrechte» auch 1974 erscheint? Können Sie, wollen Sie dazu ein kleines oder grösseres Geldopfer bringen? Wir rechneten es schon oben vor: Wenn 100 Leserinnen 50 Franken opfern würden, 200 andere je fünf Franken, dann wären die 6000 Franken für sechs Seiten beisammen. Zwischen 5 und 50 Franken gibt es natürlich noch viele «erlaubte» Variationen.

Bevor Sie spenden

Bevor Sie spenden, stellen Sie sich aber folgende Fragen: Ist die Seite «Frauenrechte» innerhalb des «SFB» nötig? Bietet mir der sehr gute allgemeine Teil der Zeitung nicht auch ohne diese Spezialseite genug Information über Frauenfragen? Denken Sie daran: Das «Frauenblatt» selber lebt, wird leben. Spenden Sie also nur, wenn Sie finden, dass auch die Seite «Frauenrechte» weiter dazu gehören soll. Es ist ganz klar, dass Eingaben unseres Verbandes, aber auch unserer Sektionen, nur mit einer eigenen Seite in einer gewissen – und erwünschten – Ausführlichkeit an unsere Mitglieder herangetragen werden können. Dazu verhilft uns die Seite, mit andern Verbänden sozusagen «im Gespräch» zu bleiben. Wägen Sie also das Für und Wider sorgfältig ab. Wenn Ihre Antwort bejahend ausfällt, wenn Sie unbedingt wollen, dass unsere Seite «Frauenrechte» weiter besteht, dann schicken Sie Ihren Beitrag an unser bereits erwähntes neueröffnetes Postscheckkonto: Pressefonds «Frauenrechte» im «SFB», Schaffhausen, 82-4444. – Wird unsere Seite leben?

Gertrud Girard-Montet, Zentralpräsidentin des Schweizerischen Verbandes für Frauenrechte, La Tour-de-Peilz

Judith Widmer, Zentralsekretärin des Verbandes, Schaffhausen
Friedy Duttle-Bohner, Bern
Ursula Geissbühler-Hess, Reinach BL
Margrit Götz-Schlatter, Basel
Dr. iur. Lotti Ruckstuhl, Wil SG
Anneliese Villard-Traber, Redaktorin «Frauenrechte»

Aus Stellungnahmen unserer Sektionen

Strafloser Schwangerschaftsabbruch

Basel-Land: Artikel 118 bis 121 streichen

Mitte Oktober richtete die Vereinigung für Frauenrechte Basel-Land ihre Vernehmlassung an den Regierungsrat von Basel-Land. Kopien schickte sie auch den Tageszeitungen. Wir kürzen sie leicht.

«Eine Arbeitsgruppe unserer Vereinigung befasste sich intensiv mit den Problemen des straflosen Schwangerschaftsabbruchs. Sie legte dem Vorstand ihre Arbeit vor und überzeugte ihn von den erarbeiteten Ergebnissen. Nun erlauben wir uns, dazu folgendermassen Stellung zu nehmen:

Die Artikel 118, 119, 120, 121 im Strafgesetzbuch sollen gestrichen werden, wie es die Standesinitiative des Kantons Neuenburg wünscht. Wenn dies nicht möglich ist, erachtet es unser Vorstand als richtig, die sogenannte Fristenlösung einzusetzen, allerdings mit freier Arztwahl.

Die beiden vom Bundesrat vorgeschlagenen Indikationenlösungen lehnen wir ab, weil sie dem heutigen Zustand gegenüber keine Verbesserung bringen würden. Die Hilfe suchenden Frauen müssten immer noch den demütigenden Weg gehen, von einer Instanz zur andern, von einem Arzt zum andern, in Kantone mit freierer Handhabung der Bestimmungen, bis sie endlich Hilfe bekommen. Die ersten zwölf Wochen, in denen ein gefahrloser Eingriff vorgenommen werden kann, verstreichen zu schnell.

Wir sind der Auffassung, dass in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft ein Abbruch straffrei sein soll. – Wir wünschen ausserdem, dass jede Frau jenen Arzt für den Eingriff wählen darf, zu dem sie Vertrauen hat. (Nur eines von unsern Vorstandsmitgliedern befürwortete den vom Kanton zu bestimmenden Arzt.)

Sehr wichtig sind die Beratungsstellen, wie es sie in einzelnen Städten und Kantonen schon gibt. Sie müssen ausgebaut werden und sollen allen jungen Leuten offen stehen, die Rat suchen. Die Beratung sollte nicht nur von Schwangeren gesucht werden, sondern vor allem der Aufklärung dienen, um unerwünschte Schwangerschaft zu vermeiden. Verhütungsmittel sollen freimütiger bekannt gegeben werden.» Für die Vereinigung für Frauenrechte Basel-Land unterzeichneten diese Stellungnahme die Präsidentin Frieda Ramp und die Vizepräsidentin Irene Reinhardt.

Schaffhausen: Fristenlösung mit freier Arztwahl

Ende September richtete die Arbeitsgemeinschaft Frau und Politik Schaffhausen das folgende Schreiben (wir kürzen auch leicht) an die Schaffhauser Regierung:

«Am 19. September fand eine Mitgliederversammlung unserer Arbeitsgemeinschaft statt, und ich erlaube mir, Ihnen den Standpunkt der anwesenden Mitglieder in oben erwähnter Angelegenheit bekanntzugeben.

Vorausschicken möchten wir, dass wir im heutigen Strafgesetz immer schon beanstandet haben, dass beim Abbruch der Schwangerschaft die Frau bestraft wird, der Schwängerer jedoch nicht zur Rechenschaft gezogen wird.

Abgesehen von dieser Rechtsungleichheit sind die gültigen Strafbestimmungen – nach den einschlägigen Zahlen, welche ich hier nicht zu wiederholen brauche – völlig wirkungslos. Sie sind asozial und lassen gravierende Ungleichheiten zu. Das Delikt der Abtreibung ist «le délit du pauvre».

Der Vorschlag des EJPD – Indikationenlösung ohne soziale Indikation – wird von uns eindeutig abgelehnt. Er bringt gegenüber dem jetzigen Zustand keine Verbesserung. Die sogenannten ethischen und eugenischen – und auch die sozialen – Gründe werden in den liberalen Kantonen längst mitberücksichtigt. In den zur Vernehmlassung vorliegenden Bestimmungen besteht aber kein Anspruch der Schwangeren auf Durchführung des im Rahmen des Indikationenkatalogs liegenden Schwangerschaftsabbruchs in ihrem Wohnsitzkanton, so dass die Frauen aus den zehn konservativen Kantonen sich weiterhin für einen legalen (!) Eingriff auswärts begeben müssten. Die Rechtsungleichheiten und die Rechtsunsicherheiten würden bestehen bleiben. Zudem sind beide Indikationenlösungen mit einem bürokratischen Massnahmenpaket belastet, welches von den Frauen als „Schnüffelei" gefürchtet werden dürfte. Und diese Furcht könnte die Frauen – statt weniger – vermehrt in die Illegalität treiben.

Aus diesen Gründen vermag uns auch der zweite Vorschlag der Expertenkommission – Indikationenlösung mit sozialer Indikation – nicht zu befriedigen. Wie gesagt, wird auch diese Indikation in den liberalen Kantonen bereits berücksichtigt. Eine eigens dazu einzusetzende „Sozialkommission" soll darüber entscheiden, ob Austragung der Schwangerschaft zu einer schweren sozialen Notlage der Schwangeren führen würde. Darf eine Kommission über etwas entscheiden, dessen Konsequenzen die Frau zu tragen hat? Und wie wird eine Sozialkommission ihre Untersuchungen anstellen, ohne der „Schnüffelei" bezichtigt zu werden?

So wie die Dinge uns heute präsentiert werden, scheint die Fristenlösung die einzige zu sein, welche Rechtsgleichheit zu schaffen vermag und nicht mit einem komplizierten Verfahren belastet ist. Der Schwangerschaftsabbruch ist dem Gewissensentscheid der Schwangeren überlassen. Wir befürworten diese Entscheidungsfreiheit für die Frau. Als „Schönheitsfehler" betrachten wir es hingegen, dass der ausführende Arzt vom Kanton bestimmt werden soll. Damit wird der Fristenlösung einer ihrer entscheidenden Vorteile genommen. Wir plädieren deshalb für eine freie Arztwahl.

Die Mitglieder unserer Arbeitsgemeinschaft sind sich bewusst, dass ein Schwangerschaftsabbruch immer eine Notlösung darstellt, und dass Empfängnisverhütung ihm weitaus vorzuziehen ist. Wir begrüssen deshalb den Kommissionsvorschlag, welcher die Kantone verpflichten will, Beratungsstellen für schwangere Frauen zu schaffen. Wir erachten es aber als dringend notwendig, dass diese Stellen auch die Beratung im Dienste der Aufklärung, Familienplanung usw. übernehmen. Auf diese Weise könnte gegen Schwangerschaftsabbrüche gekämpft werden.» Es zeichnete Judith Widmer, die Präsidentin der Arbeitsgemeinschaft Frau und Politik Schaffhausen.

Basel-Stadt: für «echte» Fristenlösung

Im Schreiben vom 7. Oktober der Vereinigung für Frauenrechte Basel-Stadt an den Regierungsrat des Kantons heisst es:

«Der Schweizerische Verband für Frauenrechte hat an seiner diesjährigen Delegiertenversammlung über diese Frage („Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruches") debattiert und festgestellt, dass das bestehende Gesetz die heimlichen Schwangerschaftsabbrüche nicht verhindern kann, und dass dessen Strafbestimmungen asozial sind, da sie gravierende Ungleichheiten zulassen. In einer Resolution ersuchte der Verband die eidgenössischen Behörden eindringlich, einen annehmbaren Gegenvorschlag zur Initiative zu unterbreiten, welcher der Forderung der Initiative Rechnung trägt und zumindest

1. die Streichung des Artikels 118 STGB vorsieht (also Straffreiheit für die Frau. Red.) und 2. nach Artikel 392 STGB und Artikel 102.2 BV Massnahmen für eine strenge Ueberwachung der Einhaltung der neuen Gesetzgebung durch die Kantone stipuliert.

Wir sind der Ansicht, dass nur eine *echte Fristenlösung*, das heisst eine Fristenlösung mit *freier Arztwahl*, dieser Resolution gerecht wird. Im weiteren ist dies die einzige Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruches – der selbstverständlich immer nur eine Notlösung darstellen kann – bei der die Entscheidung bei den betroffenen Eltern beziehungsweise der betroffenen werdenden Mutter liegt und nicht bei einer Amtsstelle. Dies wiederum ist die einzige Lösung, die die Würde mündiger Bürger achtet.

Unsere kantonale Vereinigung für Frauenrecht hat 1972 unter ihren Mitgliedern eine Umfrage lanciert, aus deren Ergebnis eindeutig hervorging, dass mehrheitlich die Fristenlösung gewünscht wird. Wir unterschieden in unserer Umfrage allerdings nicht zwischen einer «echten» und «unechten» Fristenlösung, da der Vorschlag, wie ihn die Expertenkommission ausgearbeitet hat, damals gar nicht zur Diskussion stand. Es ist aber als sicher anzunehmen, dass alle jene, welche sich für die Fristenlösung ausgesprochen hatten, voraussetzten, dass die freie Arztwahl gewährleistet wird. Eine grosse Minderheit sprach sich wenigstens für eine Erleichterung gegenüber den bestehenden Vorschriften aus. – Nur die Fristenlösung mit freier Arztwahl (kann) die gewünschte Entkriminalisierung dieses Problems bringen.» Für die Vereinigung für Frauenrecht Basel zeichnet das Schreiben die Präsidentin Rosmarie Widmer.

Eheverkündungen verschweigen Frauenberuf

In seinem Rundschreiben vom 8. Oktober 1973 schreibt der Vorstand der Sektionen Solothurn und Grenchen an seine Mitglieder: «Schon vor einiger Zeit ist uns unangenehm aufgefallen, dass im Eheverkündverfahren lediglich die Berufsbezeichnung des Bräutigams aufgenommen und publiziert wird. Zwar handelt es sich auf den ersten Blick um eine unbedeutende Angelegenheit, über die man persönlich hinweggehen kann ohne sich gross zu ärgern. Im allgemeinen Zusammenhang beobachtet, ist dahinter jedoch wiederum die Auffassung zu erkennen, der Beruf der Braut sei so unwichtig, dass er nicht einmal in einer so wichtigen und offiziellen Angelegenheit vermerkt werden muss. Da unsere Zivilstandsverordnung ausdrücklich vorschreibt, der Beruf der Braut sei nicht zu nennen – eine Aenderung in unserem Sinne durch Auslegung also nicht möglich ist – erkundigten wir uns beim Bundesamt für Zivilstandswesen über Revisionsbestrebungen in dieser Hinsicht. Dr. iur. H. Kupfer, Chef dieses Amtes, gab uns dazu folgende Erklärung ab: Vor 1928 habe die Zivilstandsverordnung diese Bestimmung nicht gekannt, erst damals sei die Regelung aufgenommen worden, dass der Beruf der Braut nicht zu nennen sei (und: man staune, diese Aenderung sei auf eine Anregung von Frauenseite hin aufgenommen worden). H. Kupfer versicherte uns, dass diese Angelegenheit anlässlich der Revision des Eherechtes, die bis in zwei Jahren erfolgen soll, ausgebügelt werden wird (in diesem Zusammenhang soll auch die Zivilstandsverordnung gesamthaft revidiert werden). – Wir seien auch längst nicht die ersten, die in dieser Frage Kritik äusserten, es hätten sich auch schon einige Parlamentarier und Frauenverbände darüber aufgehalten. Wir waren durch diese Auskunft zufriedengestellt, zeigte es sich doch, dass es sich hier um einen alten Zopf handelt, der bald fallen soll.» Nachschrift der Redaktion: Falls unsere Seite auch 1974 noch lebt, wollen wir darauf berichten, wie sich der Basler Regierungsrat vor einigen Monaten zur selben Frage äusserte, als eine Grossrätin zusammen mit 32 Mitunterzeichnern (Frauen und Männern) einen Anzug (Motion) deswegen einreichte.

Berufliches

Kindergärtner gesucht

Der Schaffhauser Erziehungsrat ist bereit, für den im Herbst 1974 beginnenden Kurs am Kindergärtnerinnenseminar auch Anmeldungen männlicher Bewerber entgegenzunehmen, wenn sie sich den gleichen Bedingungen wie die Kindergärtnerinnen unterziehen.

Schwierigkeiten für Briefträgerinnen?

Frauen können jetzt in einem einjährigen Kurs sich zur Briefträgerin ausbilden. Damit würden sie sich den männlichen Kollegen gleichstellen und könnten auch in höhere Lohnklassen aufrücken. Der Widerstand der Postbeamten gegen Frauen im Briefträgerdienst scheint aber noch gross. Ein Pressedienst des Schweizerischen Konsumentenbundes teilte mit, ein PTT-Sprecher hätte durchblicken lassen, die Briefträgerinnen würden von ihren Kollegen abgelehnt, ja zum Teil schikaniert.

Nach wie vor beansprucht

41. Generalversammlung des Vereins Mütterhilfe, Zürich

Corina Soliva, die rührige Präsidentin des *Vereins Mütterhilfe* (Zürich) begrüsste an der 41. Generalversammlung eine stattliche Zahl von Mitgliedern und Gästen. Leider war die Gründerin und heutige Ehrenpräsidentin des Vereins, *Gertrud Haemmerli-Schindler*, an der Teilnahme verhindert. Die Mitgründerin *Schwester Rita Morf*, die entscheidenden Anteil am Aufbau des Hilfswerkes hatte, lange Vizepräsidentin war und letztes Jahr zum Ehrenmitglied ernannt wurde, starb am 18. Oktober als Opfer eines Strassenunfalls. Ihr zu Ehren schaltete die Präsidentin eine Schweigeminute ein.

Der Verein, der 989 Mitglieder zählt und sich lediger, geschiedener, verwitweter und verheirateter Mütter in Not annimmt, entspricht noch immer einem grossen Bedürfnis, wie aus dem Fürsorgebericht von *Harriet Schnider* hervorging. Die *Beratungsstelle* wurde neu von 152 Frauen aufgesucht, daneben von 95 «Ehemaligen». 56 Gastarbeiterinnen trugen schwerwiegende menschliche Probleme vor oder baten um leihweise Ueberlassung von Stuben- oder Ausgangswagen, Kinderbetten, Wäsche usw. Erfreulicherweise wollen die heutigen alleinstehenden Mütter fast alle mit ihren Kindern zusammenbleiben, bejahen diese also. Diesem Wunsch trägt das geplante, bereits Form annehmende *Gemeinschaftshaus* an der Bändlistrasse, Zürich, Rechnung. Der Verein ist neben anderen Institutionen mit 100 000 Franken daran beteiligt und wird darin acht Wohnungen zu 2½ Zimmern und zwei Einzelzimmer übernehmen.

Die Kassierin, *Emmy Eibel*, berichtete von einem Betriebsrückschlag von 14 385 Franken, der durch das Legat von Dr. *Jutta Müller* (35 000 Franken) mehr als wettgemacht wurde. Der Verein erhält regelmässige Zuwendungen von der Stadt Zürich, verschiedenen Stiftungen, Hilfsvereinen, Firmen, sowie einen Beitrag aus dem Alkoholzehntel des Kantons Zürich.

Nach dem geschäftlichen Teil fesselte *Dino Larese* (Amriswil) die Hörer und erfreute sie mit seinen einfachen, herzlichen Worten. Er pries seinen Lehrerberuf, erzählte, wie er in seinem Dorf aus kleinen Anfängen eine geistige Begegnungsstätte geschaffen habe und stiess dann zum Kern seines Vortrags «Begegnung mit kleinen und grossen Menschen» vor. Erinnerungen an seinen ersten Lehrer, *Gion Bardola*, und an den spanischen Philosophen *Ortega y Gasset* zeigten, dass jeder, der einen bestimmten Lebenskreis voll und richtig ausfüllt, «das Gesicht unserer Zeit mitmodellieren hilft».

Irma Fröhlich

Der bunte Herbstzauber ist vorbei. Eine etwas schmermütige Stimmung liegt über dem See. Für viele Einsame, Kranke, Alte und Leidbeladene sind diese grauen Novembertage besonders schwer zu ertragen. (Aufnahme Ernst Liniger)

Denken Sie an Ihren Magen, wenn Sie an Kaffee denken?

Dann sollten Sie sich für den neuen Kaffee S interessieren. Er wird in einem Spezialverfahren mild-bekömmlich veredelt. Sie können sicher sein, daß gewisse Reizstoffe, die Sie nur unnötig belasten, dabei entzogen werden. Dabei bietet Kaffee S trotzdem alles, woran Genießer denken, wenn sie an Kaffee denken: volles Aroma, würzigen Geschmack und anregendes Coffein.
Auch Kaffee-Empfindliche brauchen also nur an den Genuß zu denken, wenn sie an Kaffee denken – an Kaffee S.

KAFFEE S – reizarm veredelt
Der Sanfte mit dem starken Aroma.
Stimuliert und schmeckt und schont.

Ihre Hände werden noch schöner, zarter und samtweich

...und Sie erhalten viele Komplimente, so sichtbar pflegt die bekannte Ya-Pa-Handcrème nach Dr. Cattani Ihre Hände. Spröde und rauhe Stellen, Risse und Reizungen verschwinden schnell. Die Hände werden sofort samtweich.

Dosen oder Tuben ab Fr. 2.90. In Apotheken, Drog., Fachgeschäften.

Handcrème Ya-Pa nach Dr. Cattani

Briefmarkenalben

mit Vordruck und älteren Briefmarken für Kinder zum Aufbau einer Sammlung. – Verlangen Sie Ansichtssendung v.
J. Siegrist
6171 Fontannen LU.

Wer stets inseriert, wird nicht vergessen!

Bestecke

in Alpacca 100 g versilbert (auch hartglanzversilbert)! Bis zu 30 % billiger durch Direktverkauf ohne Vertreter (nur Versand); klassische und moderne Formen, auch in Chromnichel. Grosse Auswahl, Austeuerrabatte. Verlangen Sie Gratisprospekte oder Muster zur freien Ansicht.

Georg Fuchs
Bestecke
6951 Ponte Capriasca TI
Tel. 091 93 16 46

Wir suchen für unser Haus (35 Gästebetten) eine

Hausbeamtin

als Mitarbeiterin der Heimleiterin und zu deren Entlastung. Sie sollte den hauswirtschaftlichen Dienst selbständig betreuen können und Erfahrung und Verständnis im Umgang mit dem Personal und unseren zumeist betagten Gästen haben.
Wir freuen uns auf Ihre Anfrage und Kontaktnahme und laden Sie ein zur Besichtigung unseres Hauses sowie zur Besprechung aller weiteren Fragen.
Erholungshaus Fluntern
Zürichbergstrasse 110, 8044 Zürich, Telefon 01 47 66 20

Erholungshaus Zürich-Fluntern
Wir suchen eine erfahrene

Hauspflegerin

welche der Heimleiterin die Betreuung unserer erholungsbedürftigen Gäste abnehmen würde. Etwa 35 Frauen und Männer verschiedenen Alters verbringen ein paar Wochen der Erholung in unserem Haus. Bei nicht voller Auslastung wäre etwas Mithilfe im Betrieb erwünscht.

Zur Kontaktnahme, Besprechung des Arbeitsverhältnisses und Besichtigung des Hauses melden Sie sich bitte bei

Frl. E. Graf
Zürichbergstrasse 110, 8044 Zürich, Telefon 01 47 66 20

Erholungshaus Zürich-Fluntern
Wir suchen als Hilfe für unsere Köchin eine zuverlässige

Tochter

für den Küchendienst. Eintritt auf 1. Dezember oder nach Uebereinkunft.
Wir bieten zeitgemässen Lohn, geregelte Arbeits- und Freizeit und, wenn gewünscht, ein freundliches Zimmer.
Anfragen bitte an
Frl. E. Graf
Zürichbergstrasse 110, 8044 Zürich, Telefon 01 47 66 20

Madame

Waldmannstrasse 10, Zürich 1
Telefon 01 32 85 20

Zwischen Bellevue und Pfauen
(bei der Rämipost)

Das erste Damenmoden-Spezialgeschäft für

vollschlanke Damen

Grössen 44–52, Zwischengrössen 43–51

In der modischen Herbst- und Winterkollektion finden Sie eine **grosse Auswahl** an

Costumes – Mänteln
Kleidern – Deux-Pièces

Wer inseriert hat stets Erfolg!

Zwei ideale Geschenkbücher!

NEU! Verena Knobel
Ghiro, der Siebenschläfer
Eine erlebte Geschichte
Grosses Querformat, 48 Seiten, durchgehend mit meist ganzseitigen, mehrfarbigen Bildern und Zeichnungen. Geb. 15.40.
Die bekannte Malerin und Illustratorin überrascht uns mit einem auf Erlebnissen im Tessin beruhenden, prächtigen Bilderbuch! Die lebensnahe Handlung ist in ein sympathisches Milieu eingebettet. Ein ideales, reich ausgestattetes Geschenkbuch für Kinder im Vorschul- und ersten Lesealter, eine Freude aber auch für alle erwachsenen Bilderbuchfreunde!

Suzanne Oswald
Mein Onkel Bery
Erinnerungen an Albert Schweitzer
212 Seiten, 9 Bildtafeln. Gebunden 17.80.
Nach kurzem die 3. Auflage des begeisternden, jung und alt ansprechenden Buches!
«Seine Nichte vermag dank ihrer Ungezwungenheit, natürlichen Empfindung, Echtheit und Frische den grossen Menschenfreund ihren Lesern nahe zu bringen, wie es bisher noch nie geschehen ist.» («Basler Nachrichten», Basel)
In jeder Buchhandlung **ROTAPFEL-VERLAG ZÜRICH**

SFB Nr. 24 23. November 1973

Courrier

Redaktion: Vreni Wettstein
«Schweizer Frauenblatt»
8712 Stäfa, Telefon 73 81 01

Obligatorisches Mitteilungsblatt
des Schweizerischen Verbandes
der Berufs- und Geschäftsfrauen
Erscheint monatlich

Entfremdung — Preis der Emanzipation?

Unsere persönliche Verantwortung zur Erhaltung der Umwelt: durch Erziehung zu neuen Zielsetzungen in Arbeit und Freizeit

«Was verloren ist, wird auf allen Gassen ausgerufen» – an dieses alte Wort erinnert man sich angesichts der weltweiten Umweltgefährdung: Erst jetzt, wo man über die katastrophalen Folgen menschlichen Tuns stolpert, wird man darauf aufmerksam, dass ein früher offenbar für selbstverständlich gehaltenes Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur zerstört worden ist.

Jammern hilft nichts. Auch gutgemeinte, moralische Appelle reichen nicht aus. Mit Flicklösungen ist wenig getan. Wenn wir der Bedrohung wirklich entgegensteuern wollen, müssen wir ihre Ursachen erkennen. Und die liegen tiefer als in augenblicklichen Versäumnissen: Sie sind der Ausdruck der Stellung des modernen Menschen in der Welt.

Wo man hinblickt, überall manifestiert sich ein Streben nach freier Selbstbestimmung, ein Abschütteln von Bevormundung jeglicher Art. In immer neuen Wellen brandet dieses Verlangen heran, in den verschiedensten Formen, an den verschiedensten Orten: Die junge Generation möchte früher mitsprechen; die Frauen wollen als gleichberechtigte Menschen behandelt und anerkannt sein; Minderheiten erheben ihre Stimme; Kolonialvölker wollen nicht mehr die letzte Geige spielen.

Bei aller Einsicht in die Notwendigkeit solcher Prozesse darf man nicht übersehen, dass sie auch eine Kehrseite haben. Wenn ich *meine* Position verteidige, auf *mein* Recht poche, *mein* Anliegen gehört haben will, bin ich, zunächst, notwendigerweise egoistisch; ich kann nicht gleichzeitig das Recht des andern oder Andersartigen im Auge haben. Ich rücke ab von meiner Umwelt, distanziere mich von ihr.

Das Streben nach Freiheit und Emanzipation hat als Kehrseite die Entfremdung von der Umwelt zur Folge. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben. So wundert es nicht, wenn wir heute unser Verhältnis zum andern Menschen, aber auch zur Natur, als krisenhaft empfinden. Jeder einzelne Zeitgenosse ist, auf seine individuelle Weise, von diesem Prozess betroffen. Schöne Worte oder sentimentale Phrasen vermögen diesen Tatbestand vielleicht zu vernebeln, aber nicht aus der Welt zu schaffen. Wer die Emanzipation will, muss sie zunächst mit Entfremdung bezahlen.

Neue Zielsetzungen

Es ist jedoch keine Lösung, das Rad zurückzudrehen und in vergangene Zustände fliehen zu wollen. Es gilt vielmehr, durch die Krise hindurchzuschreiten und eine neue Dimension zu eröffnen: *ohne berechtigte Freiheiten aufzugeben, sich ganz bewusst wieder der Umwelt zuzuwenden.* Es ist dazu ein radikales Umdenken nötig, ein langer und mühsamer Lernprozess. Was gemeint ist, kann vielleicht deutlich werden an einem Beispiel aus dem Wirtschaftsleben.

Vor allem auf diesem Feld prägte sich in den letzten zwei Jahrhunderten jene Haltung aus, die ganz unverhüllt zuerst einmal die eigenen egoistischen Interessen zur Geltung brachte. Das Wirtschaftsleben wurde ausgerichtet auf das Erzielen von Gewinnen dessen, der produziert, nicht aber in erster Linie auf die Deckung des Bedarfs dessen, der die Ware braucht. Das ist noch heute im grossen ganzen nicht anders, auch wenn ringsum Barrieren zur Eindämmung ungezügelten Wirtschaftens aufgerichtet werden. Und wenn heute laut nach Konsumentenschulung gerufen wird – es sei damit nichts dagegen gesagt – so ist es symptomatisch, dass der Verbraucher non lernen will, *seinen* Vorteil besser zu wahren und so der Gegenseite einen Widerpart zu bieten. Aber im Grunde läuft letztlich alles auf ein Ausboxen der Interessen und Vorteile heraus, eine Schraube ohne Ende. Nötig ist aber ein Denken über die eigene Nasenspitze hinaus, denn solche Haltungen sind noch stehengeblieben bei der alten Selbstversorgerwirtschaft. Da sorge ich für *meinen* Bedarf. In der modernen, arbeitsteiligen Wirtschaft macht aber keiner mehr all das, was er täglich braucht, selber. Die andern arbeiten für ihn. Umgekehrt geht das Produkt, an dem er mitgewirkt hat – es kann auch eine Dienstleistung sein – an unzählige andere.

Zu einer modernen Bildung gehört unbedingt eine elementare Vorstellungsübung, der man sich immer wieder einmal hingeben sollte: Man nimmt sich irgendeinen Gegenstand des täglichen Gebrauchs vor und fragt sich, wie viele Menschen wohl gearbeitet haben, bis das Produkt in unsere Hände gelangt ist. Wir verschlafen diese Zusammenhänge dauernd, aber dauernd setzen wir mit unserm Einkauf gleichsam Heere von Menschen in Bewegung, die für uns die Hände rühren. Boykotte, Streiks, aber auch Aktionen wie der Kaffeeverkauf zugunsten der dritten Welt bringen derartige Zusammenhänge oft schockartig ins Blickfeld. Im realen Schaffen ist jeder auf den andern hin orientiert; das Bewusstsein jedoch verharrt noch immer in der Haltung: Was schaut für mich heraus? So sind auch die Einrichtungen und Rechtsverhältnisse gestaltet und so verläuft die tägliche Praxis. Natürlich ist das sehr allgemein gesprochen; im einzelnen sind vielfach andere Ansätze sichtbar.

Wir sind in ein Entwicklungsstadium der modernen Gesellschaft hereingekommen, wo das Aufnehmen des anderen Menschen in die eigene Motivation entscheidend werden wird. Das bedeutet eine Umwendung: Ich nehme mein Wollen nicht aus mir, sondern aus Einsicht in die Probleme der Umwelt.

Die Rolle der Erziehung

Spätestens hier ist die Frage nach der Erziehung zu stellen. Was kann sie beitragen, dass die junge Generation solche neuen Zielsetzungen in ihr Wollen aufnimmt?

Die Frage ist heikel, denn die Heranwachsenden wehren sich, schöne Worte zu übernehmen, während der Alltag genau gegensätzlich verläuft. Die Generation der Erziehenden hat zunächst kritisch mit sich selber ins Zeug zu gehen.

Dann aber wird die landläufige Antwort heissen: Die Zusammenhänge mit den Jungen besprechen, sie ihnen bewusst machen, sie kritisch analysieren, gesellschaftliche Zusammenhänge und Abhängigkeiten aufzeigen.

All das ist nötig, aber es genügt nicht, ja, es wird unter Umständen die Entfremdung nur verstärken, die Passivität vermehren, Resignation verbreiten. Denn: Wenn wir eine Sache einsehen, handeln wir dann auch schon unserer Einsicht gemäss? Ist es nicht viel öfter so, dass wir zwar richtig denken, aber falsch handeln? Ist das nicht auch der Fall bei der Lösung der Umweltprobleme?

Alle jene pädagogischen Bestrebungen, welche nur das bewusste Durchdenken der Fragen propagieren, beantworten das eigentliche Erziehungsproblem gar nicht, denn es gilt vor allem, Weltinteresse, Interesse an der Umwelt im weitesten Sinn, und tätige Willenskraft zu wecken. Es hilft auch nichts, eine einseitige intellektuelle Bewältigung der Probleme bereits ins Kindergartenalter zu verlegen, wie das heute viele sogenannt «moderne» Erzieher versuchen. Das gliche dem, der ein Haus im zweiten Stock zu bauen beginnt, und wenn er sieht, dass das nicht ausreicht, den zweiten Stock zu erweitern sucht. Der Unterbau fehlt trotzdem.

Dieser Unterbau ist ein Eingehen auf die Kräfte, die das kleine Kind und das Volksschulkind in Fülle mitbringen, und die sie entwickeln wollen: Beim Vorschulkind ein Sich-Verbinden mit der Welt im unermüdlichen Tätigsein, denn nie mehr so intensiv wie jetzt wird die Grundlage gelegt zu einem kraftvollen Willen. Beim Volksschulkind ein Sich-Verbinden mit der Welt im Miterleben und Mitempfinden von Urbildern menschlicher Arbeit alter und neuester Zeit, im Mitheben und -pflegen von Wachstums-, Reife- und Absterbeprozessen in der Natur. Ein Kind soll nicht nur die Zerstörung der Umwelt zur Kenntnis nehmen, sondern es muss selber tätig werden können in der Pflege eines Stükkes Natur. Der spätere Erwachsene wird nur dann nicht ins Leere greifen, wenn die Kräfte des aktiven Tätigseins und die Kräfte liebevollen Interesses und Mitlebens mit der Umwelt in ihm veranlagt wurden. Man spricht unendlich viel von Erziehung; in den meisten Fällen erschöpft sie sich mit der Ausbildung des Intellektes, und das ist gleichsam nur ein Drittel des vollen Menschen. Zur Teilhabe an der Welt bedürfen wir aller unserer Seelenkräfte, des *geführten Willens*, des *kraftvollen Empfindens* und des *klaren Denkens*.

In diesen Ausführungen wurde mit ein paar wenigen Strichen auf einen Bereich hingewiesen, der heute ausserordentlich häufig übersehen und übergangen wird. Er ist aber entscheidender als vieles, was sich lautstark in den Vordergrund schiebt. Wer in der Praxis mit solchen Fragen umgeht, weiss, dass sie weittragende Konsequenzen haben können. Die Fragen von Mensch und Umwelt sind nicht mit ein paar bequemen Patentrezepten zu lösen; sie erfordern ein Umdenken und Um-Handeln im grössten Masse.

Werner Spalinger

> Es zeigte sich, dass Männer sogenannt höherer sozialer Schichten eher bereit sind, auch auf den Haushalt bezogene Aufgaben mit zu übernehmen und «Hausfrauenpflichten» zu erfüllen als Männer der niederen sozialen Schicht, die beim Spülen, Einkaufen, Kochen usw. eher um ihr Prestige und Ansehen fürchten und darauf bedacht sind, familiäre Entscheidungen alleine zu treffen und zu verantworten. Das partnerschaftliche Interaktionsgefüge findet sich ausserdem häufiger dann, wenn die Frau berufstätig ist, zumal die Berufstätigkeit – wie man nachweisen konnte – sowohl die Selbständigkeit der Frau als auch das Ausmass der Gemeinsamkeiten und gemeinsamen Interessen erheblich vergrössert.
>
> *Professor Dr. Ursula Lehr*

> Noch heute gilt – in der Sicht vieler Personalleiter – die Frau im Beruf als *unzuverlässige Arbeitskraft*, die dazu neigt, bei auftretenden Schwierigkeiten zu kündigen, beziehungsweise die durch die familiäre Situation häufig zur Aufgabe oder zumindest zur Unterbrechung der Berufstätigkeit gezwungen wird. Ihre beruflichen Chancen sind dadurch stark vermindert, besonders in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten. So wird die erhöhte Fluktuation weiblicher Arbeitskräfte häufig als «typischer geschlechtsspezifischer Wesenszug» herausgestellt, wobei man allerdings vergisst, dass derartige Erscheinungen bei Arbeitern und Angehörigen niederer Berufsgruppen ohnehin häufiger anzutreffen sind als bei Angehörigen qualifizierterer Berufe – und dass Frauen innerhalb des Betriebes – aufgrund ihrer geringeren Ausbildung – nun einmal stärker in den unteren Berufsschichten vertreten sind. So wird wieder einmal ein schichtspezifisches Merkmal in ein geschlechtsspezifisches umgedeutet.
>
> *Professor Dr. Ursula Lehr*

> Untersuchungen zeigten, dass auch jene Frauen, die beruflich sehr engagiert sind, oft davor zurückschrecken, leitende, verantwortungsvolle Stellungen zu übernehmen. Denn die Einstellung ist heute noch weit verbreitet, dass eine berufliche Karriere als «Ersatz für fehlendes Familienglück» zu deuten ist. Aufgrund neuerer Forschungsergebnisse ist dies unbedingt revisionsbedürftig! Gerade bei familiärer Harmonie, bei geringen Belastungs- und Konfliktsituationen im familiären Bereich hat die Frau die Möglichkeit, sich für ausserfamiliäre Probleme zu interessieren und einzusetzen!
>
> *Professor Dr. Ursula Lehr*

Wo bleibt das Recht auf Glaube, Liebe und Hoffnung?

Auszug aus einem Beitrag in der Schweizerischen Aerztezeitung Nr. 36

Mit Unbehagen sehe ich, wie alles über einen Leisten geschlagen wird. Wie das Leben über alles andere gestellt wird. Aber eben nicht die Art und Weise, wie man das Leben lebt, sondern vorwiegend dessen Länge. Nun mag manch einer davon träumen, 90 Jahre alt zu werden, senil oder nicht. Mancher aber mag lieber mit 60 an einem Myokardinfarkt zugrunde gehen oder an einem Lungen-Ca. Das ist eine Sache und nicht diejenige einiger Diktatoren oder Ideologen der «Gesundheit». Sind wir nicht alle in Gefahr, solch sture Diktatoren der Gesundheit zu werden? Was ist denn das für eine Gesundheit?

Ueberall wird diktiert, reglementiert, in raffinierten Kompromissen das Recht auf Arbeit, Ferien, Bildung, Gesundheit, Alterspension, aber auch das Recht auf Bilanzen und Bankgeheimnisse festgehalten und kodifiziert.

Wo bleibt das Recht auf Freiheit im Rahmen des Möglichen, auf Glaube, Liebe, Hoffnung? Wo bleibt das Recht, etwas zu versuchen, etwas zu wagen, zu riskieren, sich und die Seinen in Gefahr zu bringen um einer Idee willen? Wo bleibt das geistige Abenteuer? Wo bleiben die heutigen Erkenntnisse der Ethologie, der Anthropologie und alle jene neuen Wahrheiten, die immer wieder unterdrückt werden sollen? Wo bleibt das homerische Gelächter? Wo bleibt auch das Recht auf ein inspirierendes Gespräch?

Dr. F. Traffelet

> Nach eineinhalb Jahren Amtsdauer wurden bei den Einwohnerratswahlen in Lenzburg die beiden BGF *Ruth Hauser*, Prokuristin, FP, und *Anneliese Suter*, Berufsberaterin, EVP, wiedergewählt.

Kochlöffel schwingende BGF

I. F. *Alice Schenkel* ist seit zwei Jahren im Team von Betty Bossi, einer «Konsumentenstiftung» genannten Einrichtung der Firma Sais in Zürich tätig. Dass sie sich mit Schwung und Ideenkraft ihrer neuen Aufgabe widmet, beweist das *Betty-Bossi-Backbuch*, das am 24. Oktober aus der Taufe gehoben wurde und welches als Gemeinschaftswerk gelten kann. A. Schenkel schrieb nämlich an alle ihr bekannten Hauswirtschaftslehrerinnen in der ganzen Schweiz und bat sie um ihr bestes Kuchen-, Torten- oder Pastetenrezept. Mit ihren Helferinnen probierte sie die zahlreichen «Einsendungen» in der Laborküche aus und fasste rund 100 Rezepte in einem schön bebilderten Ringbuch zusammen. Uebersichtlichkeit, klare Texte, Berücksichtigung der verschiedenen Backofenarten, zwei Dutzend Vorschläge für pikante Wähen und Pasteten kennzeichnen das überaus handliche, in deutscher und französischer Sprache verfasste Fachbuch. (Es ist im Buchhandel nicht erhältlich, sondern zum Preis von Fr. 8.80 direkt bei Betty Bossi, Postfach 293, 8048 Zürich, zu beziehen.)

Veranstaltungen

Dezember 1973

Aarau
Samstag, 8. Dezember, 18.30 Uhr, Clublokal: Adventfeier. Musikalische Darbietung einer Instrumentalgruppe des Aargauischen Lehrerseminars.

Basel
Mittwoch, 5. Dezember, ab 18.15 Uhr Mustermesse, Rötisserie de l'Horloge apéro, 19 Uhr: Gretl Thomann-Peschel berichtet über Altösterreichische Weihnachtsbräuche. Musikalische Umrahmung: Adrienne Lüthi (Pianistin) Basel. Etwa 20.15 Uhr Nachtessen.

Bern
Mittwoch, 5. Dezember, 19 Uhr «Salon Rouge», Hotel Bellevue: Adventabend mit Ueberraschungen.

Davos
Montag, 3. Dezember, 20.30 Uhr, Chalet Edelweiss: Milly Waser lädt zum Adventabend und zu einer Weihnachtsgeschichte ein.
Freitag, 7. Dezember, ab 13.30 Uhr, Café Monsch: Schwarzkaffee-Treffen.

Frauenfeld
Montag, 3. Dezember, Adventfeier. Pfarrer Rosmarie Züst (Mammern) spricht Worte der Besinnung.

Genève
Samedi, 8 décembre: Repas de fin d'année.

Glarus
Dienstag, 4. Dezember, 19 Uhr im Fridolinsheim Glarus: Theateraufführung der Kindertanzgruppe von Lilly Gropengiesser, Anschliessend Adventessen im «Glarnerhof».

Lausanne
Mardi, 11 décembre, 18 h. 30, Salon du Lyceum, 15, rue de Bourg: Séance et dîner de fin d'année.

Lenzburg
Donnerstag, 6. Dezember, 19.15 Uhr, Nachtessen im Hotel Ochsen und Adventfeier.

Luzern
Dienstag, 11. Dezember, ab 19 Uhr, Apéro im Foyer. Weihnachtsabend bei J. Weibel, Hotel Continental, Luzern.

Olten
Samstag, 15. Dezember, 18.30 Uhr, Bahnhofbuffet: Candle Light Dinner.

Sierre
Jeudi, 6 décembre, 20 h., Hôtel du Rhône à Salquenen: soirée de l'Avant avec au programme un petit souper et une conférence de Mr le chanoine Henry «Voyage en Terre Sainte».

Solothurn
Donnerstag, 6. Dezember, Oekumenische Adventfeier in der Jesuitenkirche, 19 Uhr, Nachtessen Hotel Krone.

St. Gallen
Dienstag, 4. Dezember, Adventfeier im Schlössli, Spisergasse, St. Gallen. Um 18.45 Uhr gemeinsames Nachtessen. Ursula Bergen, Schauspielerin, wird mit der Lesung der «Weihnachtsgeschichte» von Carl Zuckmayer, den Abend bereichern.
(Voranzeige: Hauptversammlung Dienstag, 22. Januar 1974, im Schlössli)

Thun
Montag, 3. Dezember, 19.15 Uhr, Hotel Falken, Nachtessen. Anschliessend Plauderei von Dr. Jeannette Friedli über «Unser Haus in der Provence».

Winterthur
Freitag, 7. Dezember: Adventabend.

Zürich
Dienstag, 4. Dezember, 13 Uhr, Zunfthaus «Am Neumarkt», 1. Stock: Botschafter Dr. Antonino Janner: «Ist Diplomatie ein Männerberuf?»
Mittwoch, 12. Dezember, «Meisenabend». Weihnachtsfeier. 18.45 Uhr: Nachtessen. Anschliessend: Pfr. Paul Amacher «Begegnung in Bethlehem und Umgebung» mit Dias.
Dienstag, 18. Dezember, Achtung! Wir sind im «Savoy». 11.45 Uhr Mittagessen, 13 Uhr: Weihnachtliches Singen mit Willi Gohl.

(Letzter Termin für Veranstaltungskalender Januar 1974: 28. Dezember 1973).

TIPS HINWEISE INFORMATIONEN

Die neuen Knorr-Saucen

Kürzlich hat Knorr die neuen Tubensaucen auf den Markt gebracht, nun wartet er mit drei neuen, diesmal konventionell verpackten Saucen auf: der Sauce «Orientale», die für Curry-Freunde eine echte Trouvaille darstellen dürfte, der «Chasseur»-Sauce und der Sauce «Poulet». Ihr Anwendungszweck ist denkbar vielfältig. «Orientale» mit viel Sultaninen, Aepfeln, Ananas und erlesenen Gewürzen zubereitet, passt selbstverständlich gut zu einem Reisring, die mit Champignons, Tomaten, Zwiebeln, Petersilie usw. bereicherte Sauce «Chasseur» ist zu einem Kartoffelstock wie nach Mass «geschneidert», und die «Poulet»-Sauce schmeckt bestens zu Nudeln. Auf der Rückseite der neuen Saucenpakkungen wird übrigens die Lust zum Variieren mit diesen Saucen noch angeregt. Hier erscheinen abwechselnd immer neue Tips von der einfachen Alltagsmahlzeit bis zum Sonntagsmenü; vom Kalbssteak à la Reine über das Poulet an Rotweinsauce bis zum R:z Colonial mit Minikalbsplätzchen.

Blumenmalerin

Hermine Leuthard in der Atelier-Galerie, Langenthal

rks. Die Vernissage zur 15. Ausstellung von *Hermine Leuthard* (Hünibach), in der *Atelier-Galerie* des Ehepaares Bürki in Langenthal gestaltete sich zu einem beschwingten künstlerischen Ereignis. Hermine Leuthard hat sich die Darstellung von Blumen zur Lebensaufgabe gemacht. Sie vertritt einen besonderen Stil mit ihrer Spachteltechnik – «Ich brauche den Pinsel nur zum Signieren» – die Blüten, die unter ihrer Hand entstehen, haben grosse Ausdruckskraft. Die leuchtenden Farben bezaubern ebenso wie die feine Transparenz und brillierenden Spitzenlichter.

Hermine Leuthard, eine geborene Oltnerin, hat den Mut, auch heute noch gegenständlich zu malen. Sie lauscht die Blumen in den verschiedensten Variationen der Natur ab. Ihr künstlerischer Weg ist erstaunlich, befasste sie sich, talentiert wie sie war, erst autodidaktisch mit Zeichnen und Malen, bis sie, in den Vierzigerjahren stehend, beim bekannten Thuner Paul Gmünder ihre Ausbildung holte. Mit der Zeit vervollkommnete die Künstlerin ihre schöpferische Tätigkeit und legt nun wieder eine reiche Ernte ihres Oeuvres vor. (Die Ausstellung dauert bis 25. November.)

Verzicht auf Denken ist geistige Bankrotterklärung. *A. Schweitzer*

Die Frau
als Bürgerin
als Familienmitglied
als Konsumentin
findet in jeder Nummer des Beobachters wichtige Informationen.

Der Beobachter bringt in seiner nächsten Nummer:

Sammelwut: Missbrauchter Winkelried

Bergbauern: Dem Schicksal überlassen?

Foto-Discount: Zwischen Verdienst und Bluff

Tribüne der Jungen: Schweiz – hab' ich meine Heimat lieb?

Dies und viele weitere anregende Beiträge in Nr. 22 vom 30. November 1973

Gutschein:

Der Beobachter bringt ständig Informationen, welche speziell für die Frau wichtig sind. Bestellen Sie den Beobachter zum Preis von Fr. 6.80 im Jahresabonnement. Sie erhalten ihn dann ein Vierteljahr lang gratis. Möchten Sie den Beobachter zuerst genau kennenlernen? Dann bestellen Sie ein kostenloses und unverbindliches Probe-Abonnement.

☐ Ich bestelle den Beobachter für 1 Jahr (24 Nummern) Fr. 6.80.

☐ Ich bitte um ein Probe-Abonnement für 6 Nummern.

Gewünschtes ☒ ankreuzen.

Gutschein bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an: Beobachter-Expedition, 8152 Glattbrugg

Herr/Frau/Frl.

Name

Vorname

Strasse

PLZ/Ort

der schweizerische **Beobachter**

Staatseingriffe... trotzdem 8% Teuerung

2. Dezember

nein

Die Befürworter der heutigen Konjunktureingriffe müssen zugeben, dass die Eingriffe wenig bis nichts nützen. Aber man müsse trotzdem dafür sein. Warum eigentlich?

Einzig wegen der Ja-Propaganda für die Abstimmung vom 2. Dezember haben die Behörden wichtige Preiserhöhungen verschoben (Hypothekarzinsen, Bahntarife usw.). Man fliege auf diesen Trick nicht hinein! Nächstes Jahr kommen die Erhöhungen.

Ländliche Gebiete sowie Klein- und Mittelbetriebe sind die grossen Leidtragenden der Konjunktureingriffe. Muss das so sein?

Die Eingriffe haben versagt und richten obendrein Schaden an. Deshalb am 2. Dezember viermal Nein.

Schweizerisches Komitee gegen verfehlte Konjunktureingriffe

Wer Inserate liest, ist besser informiert!

Arbeitslehrerinnenseminar des Kantons Zürich
Kreuzstrasse 72, 8008 Zürich

Besuchstag

Direktion und Lehrerschaft laden Eltern und Interessenten freundlich zum Besuch des Unterrichts am Arbeitslehrerinnenseminar ein:

Mittwoch, 5. Dezember 1973
8.05–11.50 und 13.05–15.45 Uhr

Der Besuchstag vermittelt Ihnen Einblick in die Ausbildung der Handarbeitslehrerin im Kanton Zürich. Das Diplom des Seminars berechtigt zum Unterricht in Handarbeit an allen Stufen der Volks- und Fortbildungsschule des Kantons Zürich.

Die Direktion

JAEGER-LECOULTRE

DIE ATMOS GEHT «EWIG»

– solange es auf der Erde noch kalte und warme Tage gibt

Ein Grad Celsius Temperaturschwankung genügt, der ATMOS eine Gangreserve von 48 Stunden zu geben.

Und eine Uhr, die über Jahrzehnte das Schmuckstück Ihrer Wohnung oder Ihres Büros sein soll, muss auch den formalen Ansprüchen genügen. – Darum wird Herr Haenggi, jedesmal wenn er «ATMOS» hört, die Beratung und Bedienung persönlich übernehmen...

... denn für ATMOS-Uhren ist er der Spezialist. Mehr noch: sie sind sein Hobby.

Urs Haenggi Uhren
Rämistrasse 7, beim Bellevue
Tel. 01/32 64 52

Etwas muss geschehen!

«Das Haus brennt», «Stoppt die Teuerung», «Inflation – Staatsfeind Nummer eins», las man in der politischen Tagespresse vor genau einem Jahr.

Grund dieser alarmierenden Feststellungen war die Tatsache, dass der Preisindex auf über 7 Prozent geklettert war. Etwas muss geschehen –, das war die allgemeine Ansicht damals. Die Forderung nach raschen, wirksamen Massnahmen durch Bundesrat und Parlament war nicht zu überhören.

Und beide handelten in der Tat sehr rasch: Am 6. Dezember veröffentlichte der Bundesrat sein «Massnahmenpaket» – am 20. Dezember konnte es nach harten Debatten in beiden Räten bereits in Kraft gesetzt werden. Der Kampf gegen die Inflation begann.

Im Zentrum der Massnahmen stand und steht der **Kreditbeschluss:** Er hat die umfassendste Wirkung. Mit ihm soll die weitere Vermehrung der Geldmenge gebremst werden: Der Kapitalzufluss aus dem Ausland wird erschwert und die Ausdehnung der Kredittätigkeit im Inland wird begrenzt. Das ist notwendig, weil zuviel Geld die Hauptschuld an unserer hohen Inflationsrate trägt.

Der **Baubeschluss** bremst den gewaltigen Bauboom und sorgt für eine ausgewogenere Entwicklung. Er erreicht das durch ein allgemeines Abbruchverbot und eine Ausführungssperre für nicht dringliche und Luxusbauten. Er ergänzt den Kreditbeschluss dort, wo er umgangen werden könnte.

Der Beschluss über die Einschränkung der steuerwirksamen **Abschreibungen** dämpft die übertriebene Investitionsfreudigkeit der Unternehmen durch Erschwerung der Selbstfinanzierung. Wiederum nur eine Massnahme, um das allzu rasche Wachstum so weit zurückzubinden, dass uns die wirtschaftliche Entwicklung und mit ihr die Stabilität nicht davonlaufen.

Der spektakulärste Beschluss ist jener zur Ueberwachung der **Preise, Löhne und Gewinne.** Was hat er doch in diesem ersten Jahr zu reden gegeben.

Hat er gehalten, was man sich davon versprach? Jetzt sagen alle: Die Inflation ist nicht gestoppt worden, im Gegenteil, der Lebenskostenindex ist weiter gestiegen.

Da müssen wir allerdings einiges bedenken: Solche Notmassnahmen können in so kurzer Zeit nicht voll wirksam werden. Aber ohne Beschlüsse hätten wir heute eine noch viel grössere Teuerung. Wäre nicht die Misere mit dem arabischen Oel, so hätten wir schon jetzt eine geringere Teuerungsrate. Daher haben wir allen Grund, die einmal begonnene Politik fortzusetzen.

«Die Ueberkonjunktur hat zu einer Teuerung geführt, die einschneidende Massnahmen erfordert. Sonst werden die Zukunft unserer Wirtschaft sowie unsere sozialen und staatspolitischen Einrichtungen gefährdet.»

Botschaft des Bundesrates zu den Konjunkturbeschlüssen.

Schweizerisches Aktionskomitee für Inflationsbekämpfung
Der Präsident: Ständerat Franz Muheim, Altdorf; Vizepräsident: Nationalrat Pier Felice Barchi (FdP), Bellinzona; Nationalrat G.-A. Chevallaz (FdP), Lausanne; Nationalrat Hanspeter Fischer (SVP), Weinfelden; Nationalrat Guy Fontanet (CVP), Thônex; Frau A. M. Höchli, Schweiz. Kath. Frauenbund, Luzern; Frau Dr. Agnes Sauser-Im Obersteg, Bern; Nationalrat Otto Zwygart (Lib.), Köniz

Darum:
Am 1./2. Dezember
Konjunkturbeschlüsse

4x JA!

Ausland

Die Frau verlangt Menschenrechte

Bundestagung des Deutschen Frauenrings in Wiesbaden

S. Die Bundestagung des *Deutschen Frauenrings* stand im Zeichen der Gedenktage an *Helene Lange* (125. Geburtstag) und Dr. *Gertrud Bäumer* (100. Geburtstag). Die Industrie- und Handelskammer in Wiesbaden stellte ihre schönen Räume für rund 300 Delegierte und Gäste aus der ganzen Bundesrepublik zur Verfügung. Die Anwesenheit des Oberbürgermeisters und des Landtagsvizepräsidenten von Hessen zeugte für das Interesse, welches deutsche Politiker seit langem und zunehmend den Frauenorganisationen entgegenbringen. Lauteten die Themen der letzten Bundestagungen noch «Die Frau als Forschungsthema» und 1969 «Partnerschaft in der Gesellschaft», so schwebte diesmal über der Tagung das Motto: «Die Frau verlangt Menschenrechte».

Das einführende Referat von Dr. *Gabriele Strecker:* «Von der Frauenbewegung unter Lange-Bäumer bis zur Emanzipation der Gegenwart» schlug den Bogen von den 1848er Jahren mit der demokratischen Einzelkämpferin *Luise Otto-Peter* bis zur heutigen Frauenbefreiungsbewegung. In der Mitte des 19. Jahrhunderts verlangte man Arbeit und Bildung für die Frauen, um das Los der Arbeiterinnen zu verbessern. Helene Lange und Gertrud Bäumer gingen von den versorgungsbedürftig gewordenen ledigen Töchtern des Bürgertums aus. In schon klassisch gewordenen, stets vornehm geführten Kämpfen errangen sie das Recht auf Gymnasial- und Universitätsbildung, wobei diese vornehmlich von Frauen vermittelt werden sollte. Faktisch wurde dieses Ziel bis 1908 erreicht.

Gleichwertig aber verschieden

Interessanterweise gingen die beiden grossen Führerinnen der deutschen Frauenbewegung nicht in erster Linie von den Menschenrechten, sondern von den Menschenrechten aus. Sie sahen die Frauen als gleichwertig, aber als verschieden vom Mann an. Ziel der Erziehung sollte die Erweckung der «vollen weiblichen Eigenart» sein, damit die Frau als Kulturträgerin die männliche Welt ergänze, bereichere und erst vollwertig mache. Ideengeschichtlich treffen sich hier die liberal-konservativen Führerinnen in manchen Punkten mit modernsten Emanzipationsbestrebungen. Das Frauenbild der klassischen Frauenbewegung ging vielleicht zu sehr von einer Frau aus, wie sie sein sollte, und war somit ideologisch gefärbt.

In der Podiumsdiskussion unter Leitung von Dr. *Orla Maria Fels*, echte Tochter ihrer Mutter, der verstorbenen Staatssekretärin Bähnisch, konkretisierten die Teilnehmerinnen, Ehrenpräsidentin *Bertha Middelhauve*, die Bremer Hausfrau *Steffen*, Dr. *Dorothea Frandsen*, und der Leiter der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung die im Streckerschen Referat aufgeworfenen Fragen. Man konnte die Modernität mancher alter Bildungsforderungen mit den neuen Ansprüchen vergleichen. Das Publikum beteiligte sich sehr lebhaft an der Diskussion und zeigte, wie gut die Frauen inzwischen diskutieren gelernt haben.

Aendern Bestandsaufnahmen das Bewusstsein?

Der zweite Tagungstag brachte das sachliche, aber temperamentvoll vorgetragene Referat der Ministerialrätin Dr. Dorothea Frandsen, welche fragte: «Aendern Bestandsaufnahmen das Bewusstsein?» Diese höchste amtliche Expertin für Frauenfragen in der Bundesrepublik gab einen zügigen Aufriss der zahlreichen Massnahmen in der BRD von 1961 an, als man die Frauenenquête im Parlament beschloss. Erschienen sind bisher zwei umfassende Berichte über die Lage der Frau. Zuletzt wurde im März 1973 vom Bundestag beschlossen, eine Enquête-Kommission «Frau und Gesellschaft» einzusetzen. Aufgabe dieser Kommission ist es, Vorschläge für die Aenderungen von Gesetzen zu unterbreiten, die dem Ziel der rechtlichen und sozialen Gleichberechtigung noch entgegenstehen und Vorstellungen zu entwickeln, durch welche Massnahmen die Situation der Frau in der Gesellschaft verbessert werden kann. Speziell der erste Bericht der Bundesregierung wurde zu einem Bestseller. «Plötzlich wurden überall Frauenprobleme erörtert, nahm sich die Wissenschaft der Frauen an, schossen Clubs „Junger Frauen" und „Clubs junger Eltern" an die Oeffentlichkeit.» Seit 1966 wird es, nach Dr. Frandsen, immer deutlicher, dass nicht nur die Frau, sondern auch der Mann eine Doppelaufgabe hat, und dass schliesslich Mann und Frau eine dritte Rolle, die der Teilnahme am öffentlichen Leben, aufgegeben ist. Frau Frandsen unterstrich, dass öffentliches Bewusstsein tatsächlich durch wirksame, auch publizistische Massnahmen der Regierung geändert werden könne.

Im zweiten Teil ihres Referats legte sie neues Zahlenmaterial zur Lage der Frau vor. Ganz kurz: Die Erwerbstätigkeit der Frauen nimmt ständig zu, überproportional ist der Zuwachs an verheirateten erwerbstätigen Frauen. Immer noch werde die Erwerbstätigkeit der Frauen von der sogenannt geschlechtsspezifischen Ausbildung bestimmt. Das Rollenverhältnis der Frau beruhe aber nicht auf natürlichen, sondern auf gesellschaftlichen Unterschieden. Auf seine Ueberwindung arbeite man hin. Im übrigen warnte Dr. Frandsen vor dem Dogma der völligen Austauschbarkeit von Frauen- und Männerarbeit, das in Krisenzeiten zur Benachteiligung der Frauen führe.

Nach diesem Referat teilten sich die Delegierten in Arbeitsgruppen auf, um Thesen zu Fragen des Rechts, der sozialen Sicherung der Frau, zur Erziehung, zur Wirtschaft, zur Gesundheit, zu Bauen und Wohnen zu erarbeiten.

Die Delegierten hörten zum Schluss den Vortrag des noch sehr jungen Trierer Professor *Laszlo Vaskovics*, der als Soziologe das «Phänomen der Divergenz zwischen rechtlicher und gesellschaftlich-politischer Situation der Frau» behandelte. Er legte das Hauptgewicht auf die Feststellung, dass unsere Gesellschaft gegensätzliche Forderungen an die Frau stelle: einmal die tüchtige Berufsfrau, dann als Opfer in der Familie, wobei die Gesellschaft sich weigere, dieses Opfer entsprechend anzuerkennen. Die Position der Mutter sei mit Statuskriterien (Macht, Prestige, Verdienst, Einflussnahme) nicht ausgestattet. Die Mutter habe zwar symbolischen Status, aber keine soziale Gleichstellung, da ihre Stellung von der des Ehemanns abhängt. Frauen hätten als «Sozialisatoren» potentiell grosse Macht, wären sich dieser Tatsache allerdings nicht bewusst. Der heutigen rechtlichen Chancengleichheit entspräche keine soziale Gleichheit. Die Frauen müssten also ihre soziale Rolle neu überdenken. Rezepte gäbe es nicht.

Auf der Tagung wurde die Präsidentin des Deutschen Frauenrings, *Brigitte Pross*, auf drei weitere Jahre wiedergewählt, erste Vizepräsidentin wurde Dr. *Sonja Schmidt-Burgk* (Freiburg).

Auf der Seite von Zivilisation und Kultur

Kurzfassung des Referates: «Von der Frauenbewegung unter Lange-Bäumer bis zur Emanzipation der Gegenwart», gehalten am Bundestag des Deutschen Frauenrings in Wiesbaden von Dr. Gabriele Strecker

Helene Lange wurde am 9. April 1848 geboren. Im März 1848 hatte die politische Aktivistin, *Luise Otto-Peters*, die Oeffentlichkeit alarmiert mit ihrer Forderung nach Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Ihr gelang es, 1865 den *Allgemeinen Deutschen Frauenverein* zu gründen, der die Forderung nach Bildung und dem Recht auf Arbeit für Frauen erhob. Luise Otto-Peters dachte in erster Linie an die Arbeiterin. Nicht so Helene Lange. In die sich schnell wandelnden Jahre von 1848 bis 1871 fiel ihre Entwicklung: die norddeutsche, früh verwaiste Helene Lange empfing entscheidende Eindrücke im liberalen Pfarrhaus der württembergischen Pfleiderer. Noch vor dem Siebziger Krieg war sie Unterlehrerin im französischen Elsass, dann Hauslehrerin, bis sie, nach Ablegung des Lehrerinnenexamens in Berlin, dort Wurzeln schlug. Hatte Luise Otto-Peters die Arbeiterin vor Augen, so wurde die versorgungsbedürftige Lage der ledigen Töchter des Bürgertums immer deutlicher. Deshalb die Gründung des Lette-Vereins zur Förderung der weiblichen Erwerbstätigkeit. Geheimrat Lette war ein liberaler Politiker, nichts lag ihm ferner als die politische Betätigung der Frau.

Helene Lange hielt es immer für ein Glück, dass sie nicht aus blosser Theorie auf die Frauenbewegung stiess, sondern weil sie selbst darauf angewiesen war, sich eine Existenz zu schaffen. Als Autodidaktin studierte sie die klassischen Sprachen und erarbeitete sich eine Weltanschauung, deren Kern «die Ehrfurcht vor dem immateriellen Kern der Welt» war. Diese spirituelle Weltanschauung trug Helene Lange in die Frauenbewegung hinein. Man glaubte an Werte. Man war kunstgläubig, nicht kritisch. In den siebziger Jahren erschien das Buch des Engländers John St. Mill: «Die Hörigkeit der Frau» auf Deutsch. Dieses Buch machte Geschichte, deckt aber den Unterschied zwischen dem pragmatischen englischen Sinn für das Menschenrecht der Frau zur sehr idealistischen deutschen Tendenz auf. Helene Lange stimmte mit den Forderungen Mills überein, nicht aber mit seiner Argumentation, «dass nämlich die Frau aufgrund ihres Menschentums befreit werden müsse, da fehlte mir das Zwingende, Primäre. Das lag für mich in dem Gedanken, dass es vieles gab, das *nur* Frauen, das Männer nicht oder nicht so gut ausführen konnten, dass die Gleichberechtigung also nicht verlangt werden müsse um der Gleichheit, sondern um der Ungleichheit der Geschlechter willen, dass die einseitige männliche Kultur durch eine weibliche ergänzt werden müsse. Dass das Ziel der Frauenbewegung die volle kulturelle Ausprägung und die unbeschränkte soziale Auswirkung der weiblichen Persönlichkeit sei, würde ich damals noch nicht so formuliert haben, dennoch lebte es im Untergrund meines Bewusstseins.»

Die Kulturaufgabe der Frau

Man muss klar herausstellen: Die klassische Frauenbewegung forderte nicht die Menschenrechte, sondern die Frauenrechte. Das Schlüsselwort bei Lange und Bäumer ist: *die Kulturaufgabe der Frau.* Viele Tausende von Malen wiederholen sie ihre These von der «Kulturaufgabe der Frau».

Hier muss man nach dem Frauenbild bei Lange und Bäumer fragen. Sie waren beide, Lange und Bäumer, von der absoluten Verschiedenheit von Mann und Frau überzeugt. Helene Lange schrieb 1897 in ihrem Buch: «Intellektuelle Grenzlinien zwischen Mann und Frau», dass der Mann als Mittelpunkt rein intellektuelle Interessen habe, die Frau soziale, oder anders ausgedrückt, dass der Mann dem Abstrakten zuneige, die Frau dem sittlichen Idealismus. Fällt schon bei Helene Lange die Vergeistigung der Frauenbewegung auf, so noch mehr bei Gertrud Bäumer. Bezeichnend für Gertrud Bäumer ist der Satz: «Die wahre Frau ist nicht die durchschnittliche, sondern die über- und im gewissen Sinne immer die kontra-durchschnittliche Frau.»

Ein Blick in die damalige Vergangenheit zeigt mindestens soviel Diskussionen über «Bildung» wie heute. Bildung war das zentrale Anliegen der Frauenbewegung. Welche Bildung? 1872 hatten die deutschen Mädchenschulpädagogen eine Mädchenbildung erstrebt, die nach den Bedürfnissen des Mannes ausgerichtet war, «damit der deutsche Mann nicht durch die geistige Kurzsichtigkeit seiner Frau am häuslichen Herd gelangweilt und in seiner Hingabe an höhere Interessen gelähmt werde». Helene Lange legte 1887 dem Preussischen Kultusministerium die berühmte «Gelbe Broschüre» vor, die zwei Anträge enthielt: 1. dass das weibliche Element stärker am wissenschaftlichen Unterricht auf der Mittel- und Oberstufe der öffentlichen höheren Mädchenanstalten beteiligt werde und namentlich Religion und Deutsch in Frauenhand gelegt werde; 2. dass der Staat Anstalten zur Ausbildung wissenschaftlicher Lehrerinnen für die Oberklassen der höheren Mädchenschulen errichte. – Die Broschüre verwarf den Grundsatz, dass die Frau um des Mannes willen zu bilden sei, und betonte, dass die grosse Kulturaufgabe der Frau das Geschick der werdenden Generation sei. «Wir sollen im Kind die Welt des Gemüts anbauen, sollen es lehren, das Göttliche höher zu achten als das Zeitliche, das Sittliche höher als das Sinnliche. Wir sollen es aber auch denken und handeln lehren.»

Der berühmte amerikanische Pädagoge Charles E. Silbermann hat 1972 stipuliert: «Was wir morgen brauchen sind nicht Massen von Intellektuellen, sondern Massen von gebildeten Menschen, die erzogen wurden, ebenso sehr zu fühlen und zu handeln wie zu denken.»

So erscheint denn die Forderung der Frauenbewegung moderner, als man meint. Die Bildungsforderungen: Bildung der Frau um ihrer selbst willen, Erziehung durch Frauen, Zutritt zu allen Schulformen, einschliesslich der Universitäten, war bis 1908 in Deutschland erfüllt.

Kein Fortschritt in den letzten 70 Jahren?

1908 zog Helene Lange in ihrer Schrift: «Die Frauenbewegung in ihren modernen Problemen» die Bilanz des Erreichten. Erstaunlich, wie prinzipiell ähnlich bereits 1908 die Frauenproblematik mit der von heute ist. Die Erwerbstätigkeit war bereits sehr hoch, es gab die Hindernisse für Aufstieg und gerechte Entlöhnung. Insbesondere das Problem der Wahlfreiheit: Ehe oder Beruf – oder beides kombiniert existierte in voller Stärke. Der Doppelbelastung der Frau wird eine scharfsinnige Untersuchung gewidmet, die volkswirtschaftliche Bedeutung der Hausfrauenarbeit unterstrichen. Die politische Betätigung der Frau auf kommunaler Ebene gelobt. Grundsätzlich waren 1908 die Probleme nicht so verschieden von den heutigen. Also kein Fortschritt in 70 Jahren? Doch! Der Hauptunterschied beruht im verschiedenen psychologischen Klima. 1908 waren Kampfzeiten, erfüllt mit Optimismus für die Zukunft. Heute nimmt man die Rechte als selbstverständlich hin und sieht mehr ihre Unbequemlichkeiten als ihre Chancen. Deshalb fehlt heute die Begeisterung und ist Verdrossenheit nicht selten.

Mitten in den Weltkrieg, 1915, fiel das 50-Jahr-Jubiläum der deutschen Frauenbewegung. In ihrer Jubiläumsschrift weist Helene Lange darauf hin, dass die Frauenbewegung jeden Fortschritt sich selbst erkämpft habe. Sie betonte, dass die organisatorische Kraft – Teil der deutschen Organisationsfreude – im Zusammenschluss von Frauen Fruchtbares geleistet habe. So hätten sich die Berufsorganisationen von Frauen sehr ausgebreitet. Es gäbe vielleicht kaum noch eine allgemeine Frauenbewegung, und diese nur in der Form eines gemeinsamen Ideals, während alle praktische Arbeit Spezialarbeit der fachlichen Organisationen sein müsse. Damit ist 1915 ausgesprochen, dass die Frauenbewegung sich als geistige Kraft, als Impulsespenderin für ein neues Bewusstsein der eigenen Frauenidentität versteht. In den Jahren zwischen 1918 und 1930 lässt Helene Lange häufig ihren Pessimismus in bezug auf die politische Entwicklung in Deutschland durchklingen. Auch ist sie enttäuscht über die «Undankbarkeit» der neuen studierten Frauengeneration. Man gewinnt den Eindruck, dass sie keineswegs begeistert ist von den internationalen Kontakten, die in den zwanziger Jahren die deutschen Frauenorganisationen mit Schwesterorganisationen in der Welt bekannt machten. «Was ist denn weiter dabei herausgekommen, als dass ein paar Menschen sich kennenlernen und dass allerlei Geselligkeit vor sich geht. Ich glaube, beim Völkerbund kommt auch nichts weiter heraus.»

Vergeistigung der Frauenbewegung

Helene Lange, die zeitlebens an einem Augenübel litt, fand in der 25 Jahre jüngeren *Gertrud Bäumer* eine Lebensgefährtin und Mitkämpferin. Gertrud Bäumer entstammte einer preussischen Beamtenfamilie, war Lehrerin, und besass eine weite Bildung. Im Gegensatz zu der herrlich nüchternen H. Lange, war sie betont musisch und schrieb einige merkwürdig romantisierende Romane. Lesbar ist heute noch ihr Werk: «Gestalt und Wandel», eine Sammlung von Porträts hervorragender Frauen. Gertrud Bäumer war so etwas wie der reisende Aussenminister der deutschen Frauenbewegung, immerfort auf Vortragstourneen begriffen, im Weimarer Parlament eine Zierde der Demokratischen Partei, als Mitherausgeberin der Monatszeitschrift: «Die Frau» von beträchtlichem publizistischen Einfluss.

Fällt schon bei Helene Lange die Vergeistigung der Frauenbewegung auf, so noch mehr bei Gertrud Bäumer. Sie schrieb einmal: «Das lebendige Wesen der Frauenbewegung beruht doch in der Vermehrung des geistigen Kraftkapitals der Frauen. Die Frauen, die solchen Kraftzuwachs an sich erleben, gehören der eigentlichen Geschichte der Frauenbewegung an, nicht die, die nur befreit wurden, sondern die sich selbst befreiten.» Heute können wir diesem Satz nicht ganz zustimmen. Bei Gertrud Bäumer wird die Frauenbewegung zu sehr verinnerlicht. Faktisch gingen die Frauen, «die nur befreit wurden» nicht vom Erlebnis, sondern von harten wirtschaftlichen Tatsachen aus. Die Frauenbewegung unter Lange-Bäumer schuf eine Solidarität von zahlreichen, hochgebildeten Frauen, leistete aber wenig für die Schaffung einer breiten Solidarität an der Basis. Es fehlte ihr auch die breite Resonanz in der Oeffentlichkeit, sehr im Gegensatz zu heute, wo Frauenfragen lebhaft diskutiert werden, von Männern und Frauen.

Kein entrüsteter Protestton

Tragisch war für die deutsche Frauenbewegung das Jahr 1933. Der Bund deutscher Frauenvereine, die Dachorganisation, löste sich freiwillig auf, um nicht gleichgeschaltet zu werden. Nach 1945 entfaltete sich spontan, unter dem Druck der Verhältnisse, eine gewisse Frauensolidarität. Die Charta der Vereinten Nationen stipuliert die Frauenrechte als Menschenrechte. In den neueren extremen Frauenbefreiungsgruppen findet eine eigentümliche Amalgamierung von Menschenrechtsideologie und weiblicher Geschlechtsphilosophie statt. Typisch für diese Gruppen ist der aufgeregte, entrüstete Protestton. Die alte Frauenbewegung blieb stets vornehm in der Haltung. Sie ist heute noch modern, insofern sie das Bildungsproblem der Frau scharf beleuchtete und erkannte, dass es nur Teil des umfassenderen Problems, der Bildung des modernen Menschen überhaupt ist. Wertvoll wäre es, den Begriff «weibliche Eigenart» neu zu durchdenken.

Eine seelische Heimat schaffen

Die moderne Anthropologie neigt der Meinung von den Unterschieden der Geschlechter zu. Wo die klassische Frauenbewegung von der Hypothese ausging, handelt es sich heute um eine Bestandesaufnahme dessen, was ist, um die Sichtung der mannigfaltigen Frauentypen in Hinblick auf ihre Gemeinsamkeiten. Wissenschafter behaupten heute, dass die Frau, im Gegensatz zum Mann, ein eminent ungeselliges Wesen sei. Die Pioniertat der Frauenbewegung war die Schaffung der Frauenorganisation. An uns liegt es, die Organisation mit gemüthaften Leben zu erfüllen, jene nie erreichte innere Gemeinsamkeit von Frauengruppen endlich zu schaffen, in denen auch die Frauen der zweiten Lebenshälfte so etwas wie eine seelische Heimat finden könnten. Das Leitmotiv der alten Frauenbewegung, «die Kulturaufgabe der Frau», wird bestätigt durch viele wissenschaftliche Untersuchungen, die bekräftigen, dass Frauen im Laufe der Geschichte im Kampf gegen die Barbarei grundsätzlich immer auf der Seite der Zivilisation und der Kultur gestanden haben.

Überall dasselbe Lied

Indira Gandhi ist mit der Stellung der Frau unzufrieden

(sda) Die indische Premierministerin *Indira Gandhi* hat vor dem 23. Kongress des *Internationalen Frauenverbandes* in Neu-Delhi erklärt, die Frauen seien immer noch wirtschaftlich abhängig und Opfer der Tradition. Trotz beachtlichen Erfolgen im Kampf um die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung werde die durch das Gesetz vorgeschriebene Gleichberechtigung in der Praxis meistens nicht angewendet.

Die Premierministerin rief die Kongressteilnehmerinnen, die aus 25 Ländern stammten, dazu auf, ihre Rechte zu fordern, und nannte den Kampf der Frauen um ihre sozialen und politischen Rechte einen Teil des Kampfes aller Unterdrückten. Sie wies auf die grossen Frauengestalten in der indischen Geschichte – Philosophinnen, Wissenschafterinnen und Politikerinnen – hin.

Um zu erfahren, was ein Mensch ist, muss man nicht nur sehen, was er vollbringt, was er leistet, dort, wo er seine Pflicht zu erfüllen hat, man muss vielmehr sehen, was er in der Zeit tut, in der er frei ist von Pflichten.

Otto Heuschele

Kurz gemeldet

Liechtenstein:
Kein Frauenstimmrecht – Keine Menschenrechts-Sondermarke

Weil es im Fürstentum noch kein Frauenstimmrecht gibt, erscheint in Liechtenstein keine Gedenkmarke zum Jubiläum der Menschenrechts-Deklaration.

Neue Bücher

«Sei Realist - verlange das Unmögliche!»

«Unsere Grossmütter glaubten, allein das Wahlrecht könne die Frauen befreien. Wir wissen es besser – der Fortschritt verlangt immer wieder Entschlossenheit, Mut, harte Arbeit, Opfer ... und ein gesundes Mass an Unzufriedenheit mit den heutigen Zuständen. Ueber diesen stetigen Kampf, den der Mensch auf sich nehmen muss, um seine ihm eigene Begabung, seine Möglichkeiten zu erkennen, möchten wir als Motto eines der Schlagwörter setzen, das die jungen Pariser im Mai 1968 an die Mauern schrieben: Sei ein Realist – verlange das Unmögliche!»

So lautet das Schlusswort der kühnen, modern gestalteten *Broschüre,* die der ICW (Internationaler Frauenrat) mit Hilfe der UNESCO und der Nationalverbände auf das Internationale Jahr der Frau und als Jubiläumsgabe zum 85. Geburtstag des ICW herausgegeben hat. Sie wurde gerade noch rechtzeitig für den Kongress in Wien fertig und rief grosse Begeisterung hervor. Sie beginnt und endet mit dem Beispiel der jungen Türkin, die, in Abwesenheit ihres Mannes als Fremdarbeiter in Deutschland, lesen und schreiben lernte. Bis dahin war sie auf die Schwiegermutter angewiesen, die ihr die Briefe ihres Mannes vorlas und ihm wiederum nach Deutschland schrieb. Als die junge Frau ihr Zeugnis in Empfang nahm, hatte sie nicht nur schreiben gelernt, sondern sie hatte eine neue menschliche Würde erworben: direkt mit dem liebsten Menschen den Kontakt über die Distanz hinweg aufnehmen zu können.

In Text und Bild beschreibt der ICW seine Zusammenarbeit mit der UNO, UNESCO, den Regierungen einzelner Länder und mit seinen Nationalverbänden für die rechtliche, soziale, wirtschaftliche und menschliche Förderung der Frau und lässt die Gründe – echte und falsche – für die immer noch überall vorherrschende Diskriminierung der Frau Revue passieren.

Die Zusammenarbeit mit der UNO ist wesentlich für die unabhängigen internationalen Organisationen: die UNO ist einflussreicher, sie kann Konventionen und Erklärungen herausgeben, sie hat die nötigen Mittel, um Untersuchungen durchzuführen, ihre Spezialinstitutionen wie die UNESCO können Projekte finanziell unterstützen. Anderseits braucht die UNO die nichtgouvernementalen Organisationen dringend für ihre Untersuchungen und für die Lösung der daraus resultierenden Fragen.

Die Broschüre zeigt nicht zuletzt die Tätigkeit verschiedener Nationalverbände des ICW auf, zum Beispiel die Hilfe des Deutschen Frauenrings bei der Schulung und Erziehung der Thalidomidkinder, die kostenlose Krebsuntersuchung für Frauen in England, den unerschrockenen Einsatz des National Council of Women in Südafrika für die Gleichberechtigung der Rassen.

«Was wird das Internationale Jahr der Frau bedeuten? Die Antwort liegt in den Herzen, Häuptern und Händen aller Frauen dieser Welt.» *hsg*

Women and the UN, written by Margo Viscusi, seen by Ortrud. 80 Seiten. Herausgegeben vom Internationalen Frauenrat 1973. Preis 5 Franken. Erhältlich beim BSF.

Das Kind von der Geburt bis zur Schule

Ein «Elternbuch» im «Dienst einer modernen, überlegten Erziehungspraxis», so bezeichnet der Verlag Schwabe den Bilderatlas mit rund 250 Grossformatseiten und einer Menge von Illustrationen. Es war geplant, ein wissenschaftlich objektives Werk zu schaffen für jeden, den die Entwicklung des Kindes in seinen ersten sieben Lebensjahren interessiert: als Ueberblick für Aerzte, Lehrer und Psychologen, als Denkanstoss zu weiterer Vertiefung sowie als Arbeits- und Diskussionsgrundlage für Seminaristen, Fürsorger, Kinderschwestern und Kindergärtnerinnen. Das Buch wird jeden ansprechen, der den Zugang zum Kind sucht.

Der Verfasser – Dr. med. Herzka – ist leitender Arzt des Kinderpsychiatrischen Dienstes im Kanton Zürich und Privatdozent an der Universität. Er ist Vater dreier Kinder; die meisterhaften Fotos hat er selber aufgenommen. Im ersten Teil werden die Aufnahmen sieben Themenkreisen zugeordnet: «Bewegungsentwicklung, der soziale Bereich, die Sprache, das Kind und die Dinge, das Verhältnis zur Natur, vom Spielen, das Zeichnen». Grafische Darstellungen und Tabellen sowie schematische – nach Altersstufen aufgegliederte – Texte erläutern den Verlauf der Entwicklung.

Im zweiten Teil, der auch als Separatband erhältlich ist, werden theoretische Kurzabhandlungen von Medizinern, Psychologen, Pädagogen, Soziologen geschickt zusammengestellt: Rousseau, Pestalozzi, Fröbel, Montesori, Tolstoi und Buber, Rudolf Steiner, A. und S. Freud, Adler und Jung, Ch. Bühler, R. A. Spitz, Piaget, Mitscherlich, K. Lewin, A. Gsell, K. Lorenz. Der Name des Autors steht jeweils für eine bestimmte Forschungsrichtung, doch gemeinsam streben sie das Ziel einer bestmöglichen Entfaltung des Kindes an. Herzka arbeitet mit Zitaten, die jeweils den Kerngedanken klar zum Ausdruck bringen. Mit wenigen Worten der Einführung und der Erläuterung und durch die geschickte Auswahl von Autoren und Texten gelingt es ihm, eine Anthologie des heutigen Wissens über die Entwicklung des Kleinkindes zu schaffen. Die Themen lauten: «Familie und Gesellschaft, Spiel und Unterricht, Psycho-physische „Struktur" und „Organisation", Aspekte des Entwicklungsverlaufes.» Auch dieser Teil ist für Eltern geschrieben, bietet aber auch dem Wissenschafter eine ansprechende Lektüre. Staunend durchblättert man das Literaturverzeichnis mit 600 Werken, die alle bearbeitet worden sind.

Merkwürdig ist die Sprunghaftigkeit der Natur im Entwicklungsprozess des Kindes. Greifen wir aus dem ersten Teil die Darstellung über den *Schlafrhythmus* heraus. Ein Kind kann zwischen dem fünften und siebten Lebensjahr auf einmal ein grösseres Schlafbedürfnis als vorher aufweisen. Schlafstörungen, welche Eltern so irritieren, treten meist im Alter von vier Jahren auf. Herzka stellt keine Regeln auf, aber seine Erklärungen geben den Eltern Anhaltspunkte und erleichtern es ihnen, die jeweiligen Phasen aufmerksamer und besser zu verfolgen. Beobachten, sich einfühlen, miterleben, das alles bietet den Schlüssel zum Verständnis des Kindes und ist *erlernbar.* *Dr. Lotti Rosenfeld*

Heinz Stefan Herzka: «Das Kind von der Geburt bis zur Schule.» Bilderatlas und Texte zu seiner Entwicklung (Verlag Schwabe, Basel).

Am Abend tragen die Kleinen mit grosser Hingebung die sanft leuchtenden «Rääbeliechtli» vor sich her und setzen damit Lichtpunkte in die düsteren Novembertage. (Aufnahme Ernst Liniger)

Gespräche zur zweiten Lebenshälfte

M. W. Mit der Wahl des Titels «Gespräche zur zweiten Lebenshälfte» wird dieses wertvolle, lesenswerte Buch in der heutigen Zeit, wo nur wenige das Aelterwerden und das Altsein anzunehmen bereit sind, leider den meisten Lesern zu spät in die Hände kommen. Denn, wie in jedem der Kapitel zu spüren ist, handelt es sich bei der Meisterung auftretender Lebensprobleme und Konflikte in den wenigsten Fällen um eigentliche *Alters*-Probleme, sondern hauptsächlich um *Lebens*-Probleme, deren Wurzeln oft in die früheste Jugend zurückgehen, deren Ueberwindung aber Aufgabe jedes menschlichen Lebens ist. Oder mit den Worten der Autorin ausgedrückt: «Man kann nicht erst im Alter lernen, sondern muss sein ganzes Leben lang in der Richtung geübt haben.» Es kommen zwar die verschiedensten Themen zur Sprache – Kameradschaft im Alter, Freundschaft, Enttäuschungen, die Beziehung zu Menschen und Tieren, Kummer, Mitleid und Humor, Einsamkeit, Krankheit und Tod – nie aber wird der Leser mit den heute so häufig angebotenen Patentlösungen, welche meist nur auf Behebung unangenehmer äusserer Umstände beruhen, entlassen. Erfahrung aus ihrer psychotherapeutischen Praxis, sicher aber auch aus ihrem eigenen Leben, haben der Autorin gezeigt, dass die wenigsten Probleme von aussen her gelöst werden können.

Obwohl tiefenpsychologische Schulung und Erkenntnisse (vor allem durch C. G. Jung) deutlich spürbar sind, bleibt das Buch doch für den Laien leicht fasslich. Es zeigt, wie mit Liebe, Toleranz und Einfühlungsvermögen eine Chance zur Entwicklung der Eigenpersönlichkeit und damit zur Bewältigung der Probleme des Aelterwerdens geboten ist. «Der Weg zur Reife aber», so sagt die Autorin, «ist immer mit Leid verbunden.»

Elisabeth von Kleist: «Gespräche zur zweiten Lebenshälfte» (Rex-Verlag, Luzern/München/Stuttgart).

Endliches und Unendliches im Menschen

Das Angebot an Büchern, welche sich mit Lebensfragen aus philosophischer, naturwissenschaftlicher, theologischer oder sozialer Sicht befassen, ist gross. So gross, dass der einzelne sich oft gar nicht daran wagt oder aber, nach dem Studium einiger Bücher verschiedener Richtungen nicht mehr weiss, an was er nun glauben soll.

Anders verhält es sich mit dem kürzlich erschienenen Buch «Endliches und Unendliches im Menschen», in dem die im Herbst 1972 während einer Arbeitswoche (Engadiner Kollegium) gehaltenen Vorträge von Naturwissenschaftern, Theologen (verschiedener Konfessionen), Philosophen, Publizisten und Künstlern zusammengefasst sind. Insgesamt sind es 26 Beiträge.

So verschieden die Herkunft der Redner und ihre Themen auch sein mögen, durch sämtliche Beiträge zieht sich wie ein roter Faden die Erkenntnis, dass das in den letzten Jahrhunderten als Folge der grundlegend neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse gezeichnete Bild des Menschen nur unvollständig die in ihm ruhenden Möglichkeiten wiedergibt. Bleiben diese Möglichkeiten, diese unendliche Seite im Menschen brachliegen, so kommt es meist zu ernsthaften Störungen.

«Wer das Ziel nicht kennt, kann seinen Weg nicht gehen», heisst es in einem Gedicht von Christian Morgenstern. Es ist und war nie einfach, das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren und seinen Weg unbeirrt zu gehen. Das vorliegende Buch dürfte ein hilfreicher, wissenschaftlich fundierter Wegweiser sein. *M. W.*

«Endliches und Unendliches im Menschen» (Verlag Editio Academica Zürich).

Die positive Kraft der Träume

Die Traumwelt ist ein beachtliches geistiges Kräftereservoir, das kaum ausgenutzt, zumeist sogar verdrängt wird. Dabei träumt jeder Mensch etwa 1000 Träume im Jahr, obwohl viele behaupten, sie träumten nie. Die angesehene englische Psychologin und Traumforscherin, *Ann Faraday,* hat nach langjähriger Forschung eine Methode entwickelt, mit der man sich seiner Träume erinnern und sie selbst deuten kann. Sie schrieb ein Buch, das jedem die Möglichkeit gibt, die individuelle Symbolik seiner eigenen Träume zu entschlüsseln, und widerlegt damit die Behauptung, dass Träume nur mit Hilfe von Psychoanalytikern gedeutet werden können.

Die Faradaysche Methode zeigt, wie Träume festgehalten werden können. Sie befähigt, aus ihnen Vorgänge und Fakten zu erfahren, die dem Träumer im wachen Zustand entgangen sind. Wahrheiten über sich selbst und die Mitmenschen, die zu einem neuen Selbstbewusstsein führen, können erkannt werden. Die Verfasserin hilft dem Leser, in unbekannte Bereiche seiner Persönlichkeit zu dringen, wo er direkt mit Konflikten konfrontiert wird, die so oft die Ursache seines Unglücklichseins sind.

Träume sind eine Gabe, die meist kaum richtig geschätzt werden. Dieses Buch liefert die Anleitung, wie Traumkräfte nutzbar gemacht werden können. Es zeigt den Weg zu einer neuen Quelle psychischer Kraft.

Ann Faraday: «Die positive Kraft der Träume» (Scherz Verlag, Bern und München).

Veranstaltungen

26. November: Die Frauenzentrale Basel und die Basler Konsumentenvereinigung orientieren zur Eidgenössischen Abstimmung. Dr. Agnes Sauser-Im Obersteg (Bern) spricht über: «Die Frau und die Konjunkturbeschlüsse», 20 Uhr im grossen Saal des Blaukreuzhauses, 1. Stock, Petersgraben 23, Basel.

Lyceumclub Bern

7. Dezember, 16 Uhr: «Un sonnet – une vie: El Desdichado» de Gérard de Nerval. Causerie de Gabrielle Faure (auteur de nombreuses pièces radiophoniques).

2. Weltkongress für Sekretärinnen

Nachdem der erste Weltkongress für Sekretärinnen im Jahre 1972 auf grosses Interesse gestossen ist und Teilnehmerinnen aus der ganzen Welt nach Bern gebracht hat, wurde beschlossen, 1974 einen zweiten Weltkongress für Sekretärinnen durchzuführen. Er soll unter dem Motto *«Stellung und Beruf der Sekretärin in der modern organisierten Führung»* stehen und findet vom 28. März bis 2. April 1974 im Kongress- und Kursaal Bern statt.

TV: Magazin privat

Beachten Sie in der Sendung «Magazin privat», die jeweils am Samstag um 17.55 ausgestrahlt wird (Wiederholung Mittwoch, 16.45 Uhr) folgende Beiträge: 24. November: «Rechtstips»; 1. Dezember: «Was ist eine Tagesmutter»?.

Familie und Gesellschaft

Sendungen des Schweizer Radios
25. November bis 8. Dezember, je 14 Uhr

Montag, 26. November:
Min Vatter isch en Appezellerbüöbli gsee
Illa Tanner erzählt aus einer über 100 Jahre alten Familiengeschichte

Dienstag, 27. November:
Mys Gärtli
(Jakob Bohnenblust)
Zimmerschmuck – Bepflanzen und Pflege von Epiphyten-Stämmen

Mittwoch, 28. November:
«Balmain am Fuss und Stroh im Kopf»
Frauenzeitschriften und ihre Leserinnen
(Ein Bericht von Götz Bolten)

Donnerstag, 29. November:
Das Phönix-Haus
Ein Gespräch mit Adi Rieser und Dr. phil. Martin Achtnich über das Institut für Gruppentherapie

Freitag, 30. November:
1. Dies und das
Gespräche und Berichte
2. Blick in Zeitschriften und Bücher
(Hedi Grubenmann)

Montag, 3. Dezember:
Neue Kinder- und Jugendbücher
(Heidi Roth)

Dienstag, 4. Dezember:
Die Weihnachtsbescherung
Zur Geschichte vom Christkind, Nikolaus und Weihnachtsmann
(Regine Schindler)

Mittwoch, 5. Dezember:
Margret Sanger
Porträt der ersten Familienplanerin
Manuskript: Dr. Gabriele Strecker
Leitung: Katharina Schütz

Donnerstag, 6. Dezember:
Innerschwyzer Chlause
(Julian Dillier u. a.)

Freitag, 9. Dezember:
Unsere moderne Welt
Ein Gespräch mit Heidi Küng und Anneliese Schraner über Probleme von Sehbehinderten

SFB Schweizer Frauenblatt

Das Magazin der engagierten Frau für Fraueninteressen und Konsumentenfragen
Gegründet: 1919; Auflage: 13 000

REDAKTION ALLGEMEINER TEIL:
Vreni Wettstein, 8712 Stäfa
Telefon 01 73 81 01

Sonderseiten:
Mitteilungen des Bundes Schweizerischer Frauenorganisationen:
Sekretariat Winterthurerstrasse 60, 8006 Zürich,
Telefon 01 60 03 63

Treffpunkt für Konsumenten:
Hilde Custer-Oczeret
Brauerstrasse 62, 9016 St. Gallen,
Telefon 071 24 48 89

Schweiz. Verband für Frauenrechte:
Anneliese Villard-Traber
Socinstrasse 43, 4051 Basel,
Telefon 061 23 52 41

Schweiz. Verband der Berufs- und Geschäftsfrauen «Courrier»:
Vreni Wettstein, Redaktion
«Schweizer Frauenblatt», 8712 Stäfa,
Telefon 01 73 81 01

Frauenzentralen – Frauenpodien:
Margrit Baumann
Carmenstrasse 45, 8032 Zürich,
Telefon 01 34 45 78

Verband Schweizerischer Hausfrauen:
Eva Häni-von Arx
Steingrubenweg 71, 4125 Riehen,
Telefon 061 51 33 74

Mitteilungsblatt des Schweiz. Bundes abstinenter Frauen:
Else Schönthal-Stauffer
Lauenenweg 69, 3600 Thun,
Telefon 033 2 41 96

Verlag, Abonnemente, Inserate:
Zeitschriftenverlag Stäfa
8712 Stäfa am Zürichsee,
Telefon 01 73 81 01,
Postscheckkonto 80-148
Verlagsleitung: T. Holenstein

Jahresabonnement: Schweiz: Fr. 19.60; Ausland: 24 Franken.

Insertionstarif: einspaltige Millimeterzeile (27 mm) 28 Rappen, Reklamen (57 mm) 85 Rappen. – Annahmeschluss Mittwoch der Vorwoche.